

- * Gespräch – Hansjörg Znoj über die Psychologie des Motorrads 36
- * Begegnung – Ruth Meyer Schweizers Universität für junge Alte 40
- * Forschung – Arabist mit 260 ägyptischen Popsongs im Ohr 32

April 2012

152

UniPress*





Executive Master of Public Administration MPA Universität Bern

Die Führungsausbildung für den öffentlichen Sektor in der Schweiz



Prof. Dr. Barbara
Jochims, Lehrstuhl
für öffentliche
Verwaltungswissenschaften
Universität Bern

«Mit einer Executive MPA wachsen die Kompetenzen für anspruchsvolle Führungsaufgaben und es öffnet sich Türen zur beruflichen Laufbahntwicklung.»

- International anerkannter Executive MPA für Exekutive aus dem öffentlichen Sektor und damit weit-übernational
- 2-jähriges, berufsqualifizierendes Weiterbildungsprogramm mit Universitätsabschluss
- Interdisziplinär orientierte Lehrpläne aus dem Bereich Politikwissenschaft, Wirtschaft, Recht, Psychologie und Soziologie
- International aussergewöhnliche Partnerschaft aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft
- Teamwork in Klassen mit top motivierten und vielfältig vernetzten Kolleginnen und Kollegen

Nächster Studienbeginn: Oktober 2013
Aufnahme ab sofort www.unibe.ch

SONDERFALL HAUPTSTADTREGION

Bern hat nicht so grosse Banken wie Zürich, nicht so viel Pharmaindustrie wie Basel und nicht so zahlreiche internationale Konzernsitze wie die Genferseeregion – aber es ist Hauptstadt. Das Politzentrum, wo Entscheide über Bankenrettungen, Parallelimporte oder Steuerfragen fallen. Die Politik ist in den letzten Jahren vermehrt ins Rampenlicht gerückt. Dies verleiht der Idee einer «Hauptstadtregion» als Ergänzung zu den drei wirtschaftlich potenten Metropolitanregionen zusätzlichen Nachdruck. Hauptstadtregionen sind indes nicht nur politische Zentren, sondern auch Standorte für private Akteure, die mit Politik und Verwaltung zusammenarbeiten. Diese Lehre halten Washington D.C. und andere Hauptstädte für Bern bereit, wie eine jüngst präsentierte Studie der Universität Bern nachweist.

In der Schweiz ist allerdings auch die Hauptstadtregion ein Sonderfall. Zwar ist die Bundesstadt Drehscheibe, Bühne und Schnittstelle für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Föderalismus und Kleinräumigkeit führen aber dazu, dass viele Funktionen auch auf andere Regionen verteilt sind. Heike Mayer, Mitautorin der Studie, spricht denn auch von einer «polyzentralen Verteilung» von Hauptstadtfunktionen. Das ist vielleicht gar nicht so schlecht: Einerseits bietet die Rolle als Hauptstadt der Stadt und dem Grossraum Bern die Gelegenheit, sich eigenständig und unverwechselbar zu positionieren. Andererseits zwingt die polyzentrale Verteilung der Hauptstadtfunktionen zur kreativen Erschliessung weiterer Wertschöpfungspotenziale der Region.

Die Universität Bern leistet ihren Beitrag: Seit 2002 mit dem Kompetenzzentrum für Public Management (KPM), mittelfristig zum Beispiel mit dem neugegründeten Center for Regional Economic Development (CRED), kurzfristig mit der Vorlesungsreihe des Collegium generale zum Thema «Hauptstädte und ihre Funktion» – und aktuell mit dem Schwerpunkt in diesem Heft.

Bei schönem Frühjahrs Wetter werden dieses Jahr so viele Motorräder und Roller unterwegs sein wie nie zuvor. Im letzten Jahr sind die Zulassungszahlen in der Schweiz um über 16 Prozent gestiegen. «Der Normdruck hat in allen Berufsfeldern zugenommen», erläutert Hansjörg Znoj, Professor für Psychologie im «Gespräch» mit UniPress: «Motorradfahren erlaubt die kleine Flucht vor Normen und Pflichten». Das Motorrad hat sich vom Rebellen-Gefährt zu einem Modegegenstand entwickelt, aber in den Köpfen der Nutzerinnen und Nutzer einen Teil der ursprünglichen Aura bewahrt. Die Wirkung geht tiefer. In einer unübersichtlichen und digitalen Welt erlaubt Töfffahren Sinneseindrücke aus erster Hand: «Motorradfahren vermittelt den Steuernden ein direktes Gefühl der Kontrolle», weiss Selbstfahrer Znoj und hat über die «Psychologie des Motorrads» ein facettenreiches Buch geschrieben.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Marcus Moser und Timm Eugster



www.huberlang.at

IL^b

Evaluation – wissenschaftlich fundiert und praxisorientiert

UNIVERSITÄT WÜRZBURG
LEHRSTUHL FÜR VERGLEICHENDE ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT
VERGLEICHENDE ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT
INSTITUT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT UND ERZIEHUNGSPÄDAGOGIK

IL^b

Diploma of Advanced Studies in Evaluation
Master of Advanced Studies in Evaluation

1. Studiengang 1973–1975

2. Studiengang 1976–1978

Informations Zentrum Evaluation, Würzburg, Pflanzengarten 5, D-97082 Würzburg, 0931 911 191 192 193 il@erziehungswissenschaft.uni-wuerzburg.de

Ihre Fachbuchhandlung im Längsquerformat

WAS HABEN

PNEUMOLOGIE, ZGB

UND EMOTIONALE EINSICHT

GEMEINSAM?

**VOM WISSEN
ZUM VERSTÄNDNIS**

DEINE FACHBUCHHANDLUNG IM RECHEN UND ZÜRICH. MIT WISSENSVERMITTLUNG IN DIE ZUKUNFT.

VERGLEICHENDE ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT UND ERZIEHUNGSPÄDAGOGIK
INSTITUT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT UND ERZIEHUNGSPÄDAGOGIK

HUBER & LANG



www.huberlang.com

Inhalt



FORSCHUNG UND RUBRIKEN

Forschung

- 30 Geographie: Die Geheimnisse des Gletscherwassers
Von This Rutishauser
- 32 Arabistik: Zwischen Kommerz und Lebenshilfe
Von Marcus Moser
- 34 Medizin: Wenn der Schlaf ganz plötzlich kommt
Von Ruth Jahn

Rubriken

- 1 Editorial
- 36 Gespräch
Hansjörg Znoj – Die Psychologie des Motorrads
Von Marcus Moser
- 40 Begegnung
Ruth Meyer Schweizer – «Als Pionierin habe ich mich nie gefühlt»
Von Timm Eugster
- 42 Meinung
Das Zivilgesetzbuch – ein volkstümliches Gesetz?
Von Sibylle Hofer
- 43 Bücher
- 44 Impressum

SONDERFALL HAUPTSTADTREGION

- 5 Hauptstadt – eine Region entdeckt sich neu
Von Fritz Sager und Heike Mayer
- 9 Das Politzentrum als Wirtschaftsmotor
Von Heike Mayer und Fritz Sager
- 15 Was Regionen erfolgreich macht
Von Aymo Brunetti
- 16 Die Hauptstadt existiert nicht
Von André Holenstein
- 19 Ikonen des Bundesmythos
Von André Holenstein
- 22 Politische Strukturen auf dem Prüfstand
Von Reto Steiner
- 25 Hauptstadtplanung im Zeichen von Politik, Macht und Architektur
Von Anna Minta

Bildstrecke: Neujahrsempfang – hinter und vor den Kulissen,
fotografiert von Annette Boutellier

Beim traditionellen Neujahrsempfang des Diplomatischen Corps in der Hauptstadt Bern bleibt nichts dem Zufall überlassen. Fahnen, Blumengestecke oder Sicherheitsmassnahmen – alles folgt einem gestrengen Protokoll. Dazu gehört, dass der päpstliche Nuntius als Doyen des Diplomatischen Corps der Bundespräsidentin oder dem Bundespräsidenten Mitte Januar Glückwünsche zum neuen Jahr überbringt. Am Empfang nahmen dieses Jahr die diplomatischen Vertreter aus 128 Staaten teil. Mit zur Tradition gehört, dass die Schweizer Regierung jeweils vorher die guten Wünsche der Berner Behörden von Kanton, Stadt und Bürgergemeinde entgegen nimmt.



Hauptstadt – eine Region entdeckt sich neu

Lange stand die Bundesstadt Bern, eingebettet in einen stolzen ländlichen Kanton, wirtschaftlich gut da. Doch dann fiel Bern hinter die potenten Metropolen Zürich, Genf/Lausanne und Basel zurück. Die Berner Antwort darauf ist die «Hauptstadtregion Schweiz».

Von Fritz Sager und Heike Mayer

Die Finanz- und Schuldenkrise der letzten Jahre hat erneut deutlich werden lassen, dass die Führungs- und Entscheidungskompetenz des Staates zur Steuerung, Regulierung und Koordination der Wirtschaft keineswegs ein gedankliches Konstrukt der Vergangenheit ist. Vielmehr benötigen Volkswirtschaften unterschiedlichster Art und Entwicklungsstufe ein Zentrum, von dem wettbewerbspolitische und richtungsweisende Entscheide ausgehen. Diese werden in der Schweiz nach wie vor zu grössten Teilen in Bern getroffen.

Es schmerzt die Bundesstadt, wenn immer wieder unternehmerische Entscheide Schlagzeilen machen, dass Mitarbeiter und Kompetenzen in Bern zugunsten anderer Wirtschaftsräume in der Schweiz abgebaut werden. Oder wenn gar Zürich im Ausland oftmals als De-facto-Hauptstadt wahrgenommen wird. Die mit derartigen Beobachtungen verbundene Gefahr für den Raum Bern, gegenüber den grossen Ballungs- und Wirtschaftszentren Zürich, Basel und Genf/Lausanne ins Hintertreffen zu geraten, fand 2008 zusätzlich «offizielle Bestätigung» beim Bund: In seinem Raumplanungskonzept verwehrte er Bern im Gegensatz zu den anderen drei grossen Ballungszentren den Titel «Metropolitanregion». Unter einer solchen versteht man eine stark verdichtete Grossstadtregion von internationaler Bedeutung.

Bern wird in Bundesbern kaum gehört

Auch wenn der Grossraum Bern den Definitionskriterien des Bundes nicht gerecht wurde, hat er dennoch mit typischen Problemen urbaner Räume zu kämpfen. Dies sind neben dem befürchteten Bedeutungsverlust innerhalb der Schweiz vor allem Koordinationsprobleme durch Zersiedelung und nicht problemadäquate politische Strukturen. Die Folge davon ist, dass die Region auf nationaler Ebene nicht das Gehör findet, das ihrer Bedeutung entspricht.

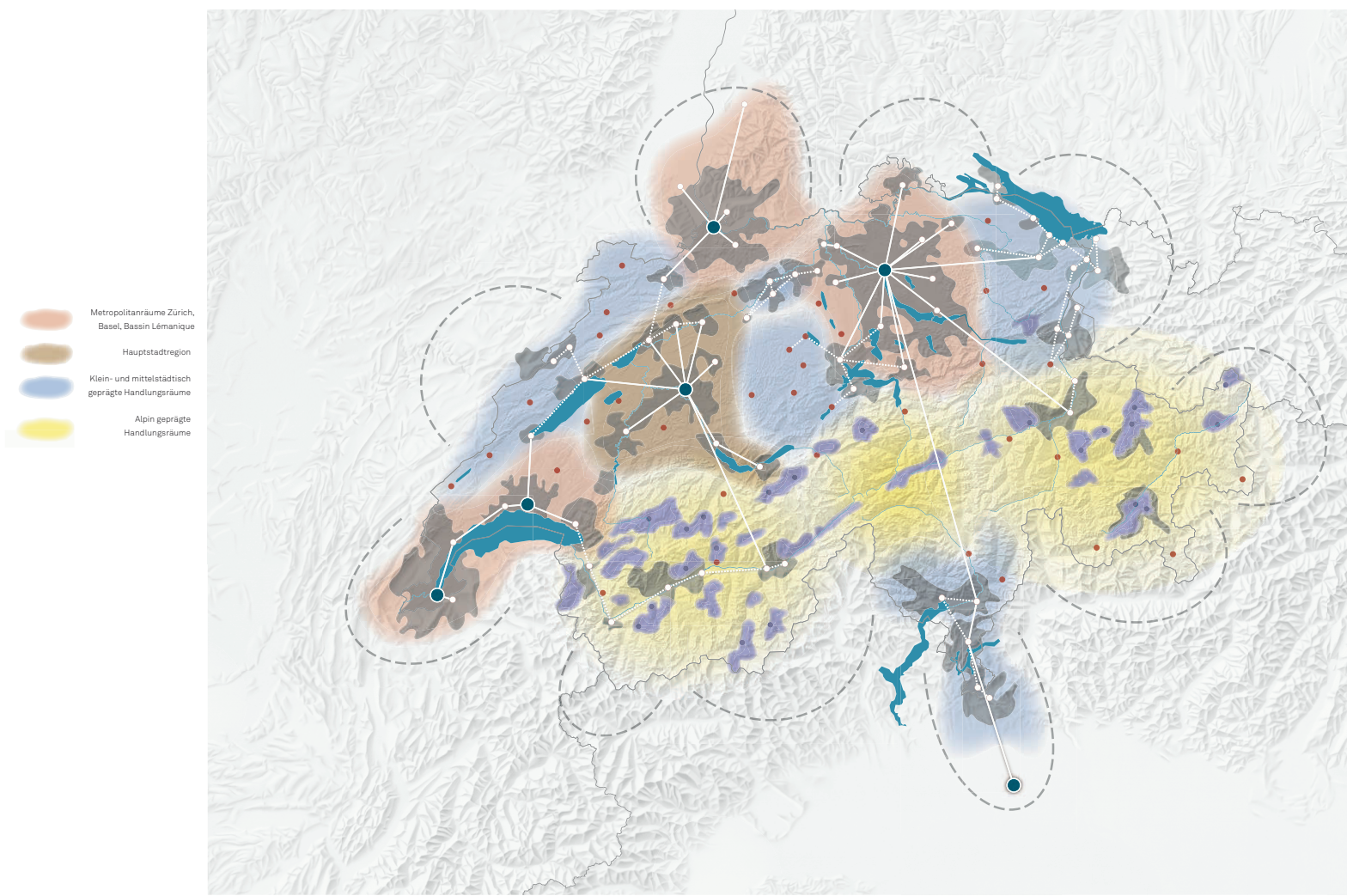
Trotz dieses schwierigen Umfelds kann die Hauptstadtregion immanente Stärken aufweisen, die sie von nationalen und internationalen Metropolitanräumen der Umgebung beträchtlich unterscheidet. So wird die Region um die Hauptstadt nicht ausschliesslich durch ihre Wirtschaftskraft getragen, die sich exemplarisch in der Präsenz der grossen Service-Public-Unternehmen Die Post, SBB und Swisscom manifestiert. Vielmehr ist sie auch politisches Zentrum der Schweiz mit Sitz der Bundesverwaltung, zahlreicher politiknaher Dienstleister, über sechzig ausländischer Botschaften sowie internationaler Organisationen. Unvermeidliche Zentralisierungstendenzen auf gesamtschweizerischer Ebene werden die politische und koordinatorische Bedeutung des Grossraums Bern mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter steigen lassen. Schliesslich ist die

Bundesstadt durch die geographische Lage inmitten der Ballungszentren Zürich, Basel und Genf/Lausanne der Verkehrsknotenpunkt der Schweiz.

Zur Stärkung der Hauptstadtregion müssen die geschilderten Stärken ausgebaut und gewinnbringend genutzt, gleichzeitig aber auch die existierenden Probleme analysiert und angepackt werden. Die Lösung für diese umfassende Aufgabe besteht kurz gesagt in verstärkter Koordination auf politischem, wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet. Die grösstenteils gleichgerichteten Interessen verschiedenster Akteure im Grossraum Bern müssen gebündelt und auf ein gemeinsames Ziel hin ausgerichtet werden.

Zweiter Anlauf zur Bündelung der Kräfte

Zu diesem Zweck wurde am 2. Dezember 2010 der Verein «Hauptstadtregion Schweiz» gegründet, der nach dem wenig erfolgreichen Versuch der Einrichtung eines «Espace Mittelland» einen zweiten Anlauf nimmt, dieser Koordinationsaufgabe gerecht zu werden. Im Gegensatz zum «Espace Mittelland» soll sich die Hauptstadtregion weniger durch rein wirtschaftliche Konkurrenz zu den umliegenden Metropolitanregionen auszeichnen, als vielmehr stärkeres Gewicht auf die politische Bedeutung der Hauptstadtfunktion und daraus resultierender Vorteile legen.



Quelle: Bundesamt für Landestopografie; Bundesamt für Statistik, GEOSTAT

Auf politischen Druck hat der Bund neben den drei Metropolitanregionen Basel, Zürich und Basin Lémanique die Hauptstadtregion in sein Raumkonzept aufgenommen.

«Die Schweiz besteht nicht nur aus Wirtschaftszentren, sie braucht auch einen politischen Mittelpunkt», fasst der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät prägnant zusammen. Die bereits im Sommer 2009 von Stadt und Kanton Bern lancierte Idee, den Ausbau Berns und seiner Umgebung zur Hauptstadtregion neu zu beleben, wurde Anfang 2010 von den kontaktierten Kantonen Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis sowie zahlreichen Städten überaus positiv aufgenommen. Bereits Mitte desselben Jahres wurde an einer Tagung im Bundeshaus der Grundstein gelegt, bei der sich die besagten fünf Kantone sowie neunzehn Städte und elf Regionen bereit erklärten, zukünftig unter dem Begriff «Hauptstadtregion Schweiz» bei einer Vielzahl unterschiedlicher Projekte zusammenzuarbeiten und sich zu koordinieren. Mit der Gründung des Vereins Ende 2010 kam die Aufbauphase des Projekts zu einem Ende und erste Vorhaben wurden konkretisiert.

So wollen die Mitglieder des Vereins die Nähe zum Politik- und Verwaltungszentrum der Schweiz stärker nutzen und das «Politische Entscheidzentrum» weiter ausbauen. Das daraus resultierende wirtschaftliche Profil soll geschärft sowie die unterschiedlichen Stärken und Potenziale der einzelnen Partner besser genutzt werden. Diese identitätsschaffenden Massnahmen dienen nicht zuletzt dem Zweck, vom Bund neben den drei ursprünglichen Metropolitanräumen als gleichwertig behandelt zu werden, um bei Fördergeldern für verschiedene Investitionsvorhaben nicht benachteiligt zu werden und allgemein in der Bundespolitik stärkeres Gehör zu finden.

Raum zwischen den Metropolen stärken

Um die Ziele möglichst umfassend erreichen zu können, versteht sich die «Hauptstadtregion Schweiz» als geometrisch variabler «Zusammenarbeitsraum», der in unterschiedlichen Bereichen für die Mitglieder

des Vereins Projekte koordiniert und vorantreibt, bei denen sich diese auf freiwilliger Basis je nach ihren Bedürfnissen beteiligen können. «Wir sollten lernen, die Geometrie der Zusammenarbeit zu variieren. Oberziel aller Projekte muss es sein, den Raum zwischen den metropolitanen Achsen Zürich-Basel und Genf-Lausanne zu stärken», meint der Geschäftsführer des Vereins, Georg Tobler. Schwerpunkte liegen hierbei auf der Koordination der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung und dem Ausbau der Infrastruktur.

Eines der ersten Projekte dieser Art ist die an der Universität Bern durchgeführte wissenschaftliche Analyse der volkswirtschaftlichen Stärken des Grossraums Bern sowie etwaiger Synergiepotenziale zwischen Öffentlicher Verwaltung und Privatwirtschaft (siehe dazu den Beitrag ab Seite 9). Auch ein S-Bahn-Gesamtsystem für die Hauptstadtregion wird geprüft sowie der Einsatz für den Ausbau des Berner Hauptbahnhofs vorangetrieben. Zudem soll das Inselspital



Der Verein «Hauptstadtregion Schweiz» vereinigt Städte und Regionalorganisationen aus fünf Kantonen.

als Zentrum für Spitzenmedizin der gesamten Region fungieren. Besonders betonte der kürzlich verstorbene Berner Grossrat Christoph Stalder, dass die anderen Städte und Kantone als Partner angesprochen werden und nicht als Zuhörer von Bern fungieren sollen.

Erste Erfolge und grosse Aufgaben

Eine besondere Rolle bei der Umsetzung der Massnahmen kommt der Wissenschaft im Allgemeinen und aufgrund ihres exponierten Standorts der Universität Bern im Speziellen zu. Sie dient der Ausbildung und Wissensbereitstellung für den öffentlichen Sektor und untermauert verschiedenste Projekte sowohl im Planungsprozess als auch bei der Umsetzung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. Dieser wertvolle Input trägt dazu bei, den «Denkplatz Bern» als Standortvorteil weiter auszubauen und zu schärfen. Eine herausragende Rolle spielt hierbei das im September 2002 gegründete fakultätsübergreifende Kompetenzzentrum

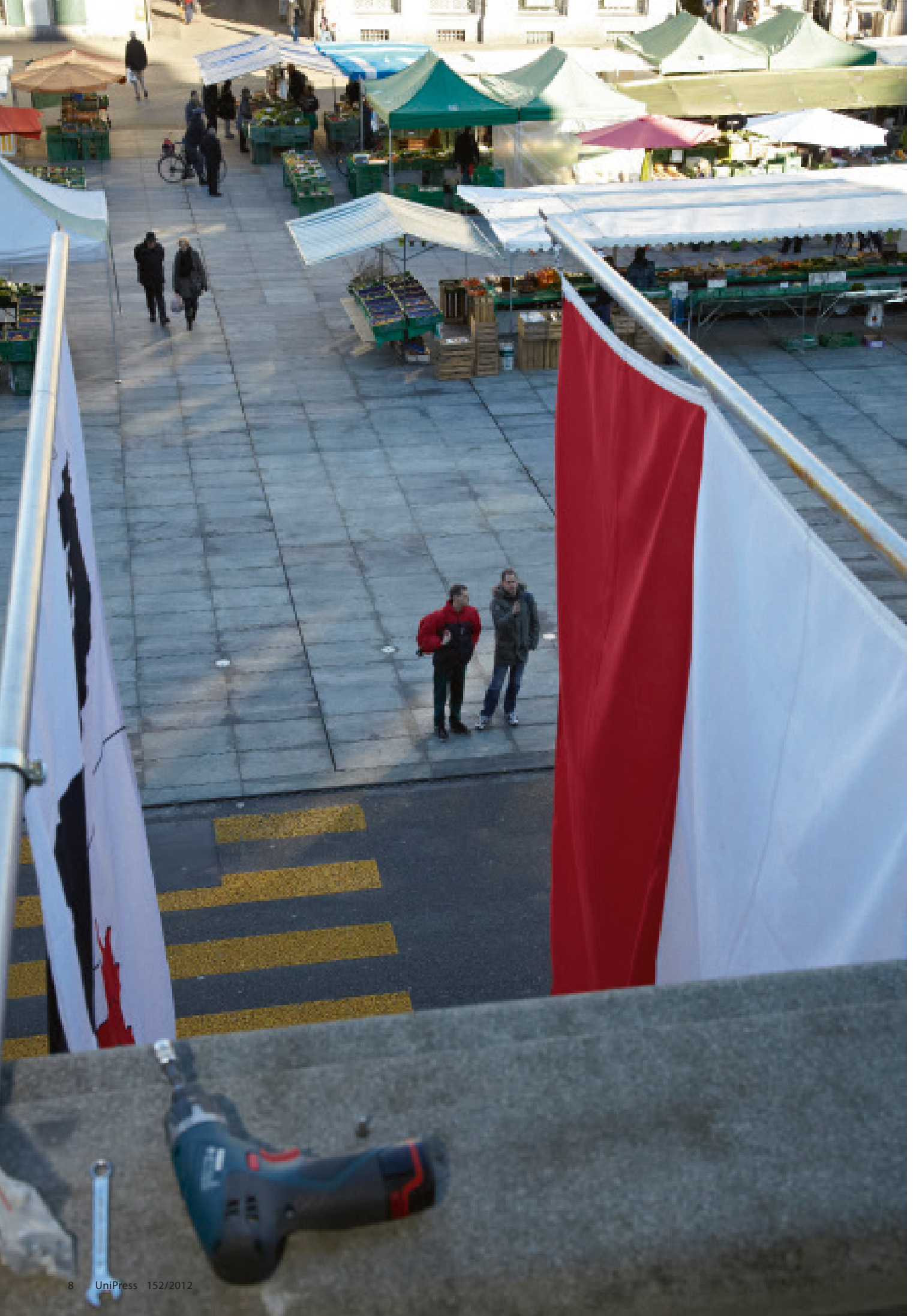
für Public Management (KPM), das unterschiedliche Ausbildungsprogramme für Aufgaben der Öffentlichen Verwaltung und an der Schnittstelle von Wirtschaft und Politik bereithält. Dies ist für den Staatschreiber des Kantons Bern, Kurt Nuspliger, einer der Hauptgründe, warum der Wissensstandort Bern in der Lage ist, «eine qualitativ herausragende, praxisorientierte, den aktuellsten Stand der Forschung einbeziehende Führungsausbildung für den öffentlichen Sektor» anzubieten.

Von zentraler Bedeutung ist auch das kürzlich an der Universität Bern eingerichtete Zentrum für Regionalentwicklung (CRED), das sich intensiv mit Themen zur «Hauptstadtregion Schweiz» auseinandersetzt. Das Zentrum wird sich unter Leitung von Aymo Brunetti und Heike Mayer den aktuellen Fragen der ökonomischen Entwicklung dieser Region widmen (siehe dazu den Beitrag auf Seite 15).

Die ersten Bemühungen des Vereins scheinen bereits Früchte zu tragen und nicht

zuletzt beim Bund verstärktes Gehör zu finden. So will dieser bei der Ausarbeitung des neuen Raumkonzepts die «Hauptstadtregion Schweiz» auf Augenhöhe mit den drei Metropolitanregionen behandeln. Ein gelungener Anfang ist somit gemacht, grosse Aufgaben stehen aber noch bevor.

Kontakt: Prof. Dr. Fritz Sager, Kompetenzzentrum für Public Management (KPM), fritz.sager@kpm.unibe.ch
 Prof. Dr. Heike Mayer, Geographisches Institut, Abteilung Humangeographie, heike.mayer@giub.unibe.ch



Das Politzentrum als Wirtschaftsmotor

Die Schweiz ist ein Sonderfall: Viele klassische Hauptstadtfunktionen sind nicht zentral in Bern konzentriert, sondern föderal übers Land verteilt. Trotzdem kann Bern von Washington D.C., Ottawa oder Wien lernen, die Stärke als Politzentrum in mehr wirtschaftliche Dynamik umzumünzen.

Von Heike Mayer und Fritz Sager

Hauptstädte spielen eine wichtige Rolle für die kulturelle, soziale und politische Identität eines Landes. Sie gelten als Schaltzentralen und ihre Macht drückt sich nicht nur in ihrem repräsentativen Stadtbild aus, sondern auch in der Art und Weise, wie sich diese Städte in nationalen und internationalen Netzwerken positionieren. Städte wie Bern, Washington D.C., Berlin oder Wien stellen sich einem zunehmenden Standortwettbewerb und entwickeln Strategien, um Herausforderungen wie staatlichem Wandel und Globalisierung zu begegnen.

Um jedoch zu wissen, welche Strategien Sinn machen und welche Funktionen Hauptstädte überhaupt wahrnehmen, brauchen Entscheidungsträger auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene fundierte Studien und Analysen über die vielfältigen Aspekte einer Hauptstadtregion. Genau hier setzt die Universität Bern an: Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen Disziplinen wie zum Beispiel Wirtschaftsgeographie, Verwaltungswissenschaften, Politikwissenschaften und Volkswirtschaft engagieren sich in der Forschung zu Fragen über Hauptstädte.

Dieses Forschungsthema ist nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen rund um die Hauptstadtregion Schweiz relevant, sondern auch aus Sicht der Grundlagenforschung, da zahlreiche Aspekte von Hauptstädten noch unzureichend erforscht sind. Gerade im vergangenen Jahr erstellten Wissenschaftler der Universität Bern in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Region Studien, die Aufschluss über die wirtschaftlichen und bildungsbezogenen Möglichkeiten der Hauptstadtregion geben. Die Vorlesungsreihe des Collegium generale soll darüber hinaus den Dialog zwischen der Universität und der Öffentlichkeit zu diesem Thema stärken (siehe Programm Seite 12).

Nationale Drehscheibe und Bühne

Wie sieht das ökonomische Wertschöpfungssystem einer Hauptstadt aus? Hauptstädte spielen nicht nur für die politische

und kulturelle Identität eines Landes eine kritische Rolle, sie sind auch zunehmend wichtige Wirtschaftsräume, in denen sich politische und wirtschaftliche Akteure vernetzen. Genau dieser Frage ging die Gruppe Wirtschaftsgeographie des Geographischen Instituts nach. Sie wurde vom Verein Hauptstadtregion Schweiz beauftragt, das Wertschöpfungssystem der Hauptstadtregion zu analysieren. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Tourismus der Fachhochschule Westschweiz/Wallis wurden die wirtschaftlichen Funktionen und Potenziale der Hauptstadtregion untersucht. Die Studie bestand aus drei Teilprojekten, bei denen qualitative und quantitative Methoden angewendet wurden. Darüber hinaus erstellte das Forscherteam Fallstudienanalysen von sechs Hauptstädten, um Anregungen für wirtschafts- und standortpolitische Massnahmen zu erhalten (siehe Beispiele Seite 11).

Die Studie kommt zum Schluss, dass zentrale Hauptstadtfunktionen in Bern und in den unmittelbar umliegenden Gemeinden konzentriert sind. Dazu gehören Beratungsdienstleistungen für die öffentliche Verwaltung und wertschöpfende Interaktionen zwischen Politik, Verwaltung, Dienstleistungsfirmen, Lobby-Büros und anderen. Die Bundesstadt ist somit die «Drehscheibe», «Bühne» und «Schnittstelle» zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft und erfüllt dadurch zentrale Aufgaben für das politische, wirtschaftliche und soziale Leben der Schweiz.

Aber: Viele dieser Funktionen sind in der Schweiz auch auf andere Metropolitanräume wie Zürich und Genf verteilt. Man kann also von einer polyzentralen Verteilung vieler Hauptstadtfunktionen sprechen. So sind zum Beispiel wichtige Verbände (etwa Economiesuisse und Avenir Suisse) oder Medienorganisationen in Zürich angesiedelt. Damit ist die Schweiz und auch die Bundesstadt Bern aufgrund der kurzen Distanzen im internationalen Vergleich ein Sonderfall.

Dynamik über die Politfunktion hinaus

Die Wertschöpfungsanalyse wurde für zwei Teilräume der Hauptstadtregion (Kantone Fribourg und Wallis) erstellt und zeigt, dass diese Räume wirtschaftlich von den Hauptstadtfunktionen profitieren, und zwar vor allem über Konsum- und weniger über Beschaffungseffekte. Sie leisten als Wohn-, Bildungs- und Freizeitorte einen wichtigen Beitrag zur Hauptstadtregion und sind deshalb eng mit der Bundesstadt Bern verbunden.

Die Fallstudienanalyse zeigt, dass dynamische Hauptstädte wie z. B. Washington D.C. oder Ottawa eine proaktive und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik betreiben. Diese Städte setzen allerdings nicht nur auf ihre Funktion als Politzentrum, sondern sie fördern die Diversifizierung ihrer Wirtschaft, indem sie wissensbasierte Industrien stärken. Des Weiteren positionieren sich diese Städte in internationalen und nationalen Netzwerken und legen ihr Image als «langweilige Beamtenstädte» durch Imagepflege und Standortpolitik ab. Aus diesen Ergebnissen leiteten die Forscher sechs Handlungsempfehlungen ab, die derzeit vom Verein Hauptstadtregion Schweiz diskutiert werden (siehe Seite 11). Die Hauptstadtregion Schweiz sollte die hauptstadt-spezifischen Kompetenzen stärken und ausbauen. Des Weiteren muss sie ihr Image verbessern und klar kommunizieren, was sie den anderen Metropolitanräumen bietet und in welchen Bereichen sie eine nationale Schnittstellen-Funktion wahrnimmt. Darüber hinaus sollte sich der Verein für eine proaktive Wirtschaftspolitik einsetzen, welche die Innovationsfähigkeit und die unternehmerische Dynamik in diesem Raum fördert. Diese Wirtschaftspolitik darf allerdings nicht «business as usual» sein, sondern muss Kompetenzen stärken, die durch die Hauptstadtfunktionen geprägt sind (z.B. Informations- und Kommunikationstechnologien, eGovernment, Public Management etc.).



Washington D.C. Boom wegen Sicherheitsindustrie

Washington D.C. ist die Hauptstadt der USA und spielt somit eine wichtige Rolle als politische Schaltzentrale einer militärischen Supermacht. Die Wirtschaft der US-amerikanischen Hauptstadt basiert auf einem Wertschöpfungs-system, das auf einer engen Verknüpfung zwischen Verwaltung und privaten Sektoren aufbaut. Die Bundesverwaltung ist eine wichtige Arbeitgeberin, wobei sich der Anteil der Arbeitsplätze von etwa einem Drittel der Gesamtbeschäftigten vor rund 40 Jahren auf gut 12 Prozent im Jahr 2009 verringert hat.

Diese rückläufige Entwicklung ist vor allem auf das Wachstum innovativer Sektoren wie etwa wissensbasierten Dienstleistungen (Public Relations, Lobbying, Politikberatung und weitere) und Hochtechnologie (zum Beispiel Verteidigungsindustrie, Homeland Security Industrie) zurückzuführen. Die anhaltende Privatisierung und das Outsourcing vieler Verwaltungsaufgaben haben dabei massgeblich zur dynamischen Entwicklung dieser Sektoren beigetragen. Im Zuge dieser Entwicklung siedelten sich viele Firmen in der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie an. Sie arbeiten eng mit der Bundesverwaltung zusammen und sind auf enge Kontakte und die Nähe zu Politik und Verwaltung angewiesen. Städte und Gemeinden in der Region haben ein detailliertes Wissen über dieses Standortpotenzial und arbeiten eng mit dem Bund und den Industrien zusammen.

Hervorzuheben ist die Entwicklung strategischer Standorte, an denen sich Wirtschaft und Bundesverwaltung niedergelassen haben. Die Region hat ausserdem Pläne und Strategien entwickelt, wie man Technologien und Cluster, die eng mit den Hauptstadtfunktionen verknüpft sind, fördern kann. Ähnlich wie die Hauptstadtregion Schweiz gibt es auch in Washington D.C. regionale Organisationen, die sich für die Entwicklung der Hauptstadt einsetzen.

Quelle: Mayer, H. & Haisch, T. (2012) Capital Cities: Eine Fallstudienanalyse von sechs Hauptstädten

Ausserdem sollte der Verein die funktionalen Verflechtungen innerhalb der Hauptstadtregion sowie die Beiträge der Teilräume an die Hauptstadtregion besser nutzen und kommunizieren. Letztendlich sind sich die Wissenschaftlerinnen einig, dass die Strategien und Programme nur dann Erfolg haben werden, wenn die unterschiedlichen Partner innerhalb der Hauptstadtregion partnerschaftlich und koordiniert zusammenarbeiten.

Kaderschmiede für die Bundesverwaltung

Eine Studie des Kompetenzzentrums für Public Management (KPM) der Universität Bern hatte zum Ziel, Chancen und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sich die Hauptstadtregion Schweiz als Bildungszentrum in Public Management etablieren kann. Die eruierte Ausgangslage stellte sich dabei bereits als sehr vielversprechend dar: So ist allein in der Hauptstadtregion über ein Drittel des in der ganzen Schweiz sehr umfangreichen Bildungsangebots im Public-Sektor-Bereich angesiedelt. Die dabei vermittelten Kenntnisse in Public Management werden von den entsprechenden Arbeitgebern sehr geschätzt und mitunter als ausschlaggebend bei der Stellenbesetzung bezeichnet.

Die Bemühungen der Hauptstadtregion, sich als Bildungszentrum in Public Management weiterhin zu profilieren, sind also grundlegend sinnvoll. Damit dies noch besser gelingt, sollte vermehrt auf die Stärkung des Bewusstseins der Region hingearbeitet und die Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen über sprachliche und kulturelle Barrieren hinweg weiter vertieft werden. Die Zweisprachigkeit, die Nähe zur Politik und sehr gute Einstiegschancen in die (Bundes-)Verwaltung sollten dabei als Standortvorteile herausgestrichen werden. Ein regelmässiger Austausch zur Koordination der einzelnen Bildungsinstitutionen im Bereich Public Management soll erfolgen. Die noch zurückhaltende Vermarktung als Bildungszentrum sollte beispielsweise durch eine übersichtliche Plattform, die im Internet über die verschiedensten Bildungsangebote in Public Management in der Hauptstadtregion informiert, deutlich ausgebaut werden.

Politik gewinnt wieder an Bedeutung

Die vorgestellten Studien werfen ein Licht auf einen besonderen Städtetyp, nämlich dem der Hauptstadt. Hauptstädte sind Standorte für nationale und politische Institutionen (Legislative, Exekutive und oft auch Judikative). Sie sind aber auch Standorte für private Akteure, die eng mit den Akteuren aus Politik und Verwaltung zusammenarbeiten. Des Weiteren siedeln sich in Hauptstädten diverse Nichtregierungsorganisationen, Verbände und Lobbyisten an. Durch die Vernetzung dieser Akteure entsteht ein spezielles Wertschöpfungs-system, das sich nicht unbedingt über seine wirtschaftliche Dynamik, Innovationskraft oder internationale Orientierung auf globalen Finanz- und Kapitalmärkten auszeichnet, sondern eher subtil über die Funktionen und Bezüge der Akteure untereinander, die prägend sind für das Wohl einer Nation.

Kritiker könnten behaupten, dass durch die Globalisierung und die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft die nationale Regulierung und somit Hauptstädte unwichtig geworden sind. Die Forschungsprojekte an der Universität Bern beweisen allerdings das Gegenteil: Hauptstädte sind wichtige Politzentren und sie haben in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Finanzkrise zeigt, dass wichtige Entscheidungen wie die UBS-Rettung oder die Autokrise in den USA nicht in Zürich oder Detroit entschieden wurden sondern in Bern und in Washington D.C.

Darüber hinaus werden die Politik- und Verwaltungsprozesse immer komplexer und Experten (meist aus der Privatwirtschaft) werden vermehrt als wichtige Partner in die politische Entscheidungsfindung und Ausführung einbezogen. Hauptstädte sind somit wichtige «Informationsposten» und nationale Dreh- und Angelpunkte für die vielfältigen Entscheidungen, die für das Funktionieren einer Volkswirtschaft grundlegend sind.

Kontakt: Prof. Dr. Heike Mayer, Geographisches Institut, Abteilung Humangeographie, heike.mayer@giub.unibe.ch
Prof. Dr. Fritz Sager, Kompetenzzentrum für Public Management (KPM), fritz.sager@kpm.unibe.ch



Ottawa

Ähnlich wie Bern – aber innovativer

Ottawa ist nicht nur als Hauptstadt Kanadas bekannt, sondern wird oft auch als «Silicon Valley North» bezeichnet. Die Stadt mit ihrer Kultur der Zweisprachigkeit weist grosse Parallelen zu Bern auf. Zur Hauptstadtregion gehört nicht nur die Stadt Ottawa in der Provinz Ontario sondern auch die Municipality du Gatineau in der Provinz Quebec. Zusammen zählte die Region im Jahr 2009 rund 1,4 Millionen Einwohner, von denen 49 Prozent englisch- und 32 Prozent französischsprachig waren. Ottawa ist ausserdem eine multikulturelle Stadt, was sich darin zeigt, dass 19 Prozent der Bevölkerung eine andere Sprache als die offiziellen zwei Landessprachen sprechen.

Die kanadische Hauptstadt weist neben der Zweisprachigkeit weitere Parallelen zu Bern auf: Sie ist eine junge Hauptstadt und wurde erst 1857 durch einen Entscheid von Königin Victoria gegründet, nachdem der Sitz der Regierung lange Zeit zwischen Toronto und Quebec City wechselte. Ottawa weist allerdings im Unterschied zu Bern eine hohe unternehmerische und innovative Stärke auf und zählt die höchsten pro Kopf Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Land. Das ist nicht verwunderlich, denn Ottawa ist Standort für zahlreiche Forschungseinrichtungen und Kompetenzzentren. Besonders erwähnenswert ist das «Ottawa Centre for Regional Innovation» (OCRI), das sich vor allem auf die Unterstützung von Unternehmertum und Innovation konzentriert. Des Weiteren seien die zahlreichen Clusterorganisationen erwähnt (eBusiness, Photonics, Digital Media, Security und weitere), welche die Vernetzung von Industrie, Wissenschaft und Verwaltung zum Ziel haben. Die «National Capital Commission» (NCC) ist zuständig für Fragen der Stadtentwicklung und Imagepflege und führt derzeit eine nationale Diskussion über die Zukunft der Hauptstadt durch (neuer 50-Jahr-Plan).

Quelle: Mayer, H. & Haisch, T. (2012) Capital Cities: Eine Fallstudienanalyse von sechs Hauptstädten.



Wien

Zentrum für Stadtentwicklung

Wien blickt auf eine lange und traditionsreiche Geschichte nicht nur als Hauptstadt Österreichs, sondern auch als ehemalige Residenz- und Kaiserstadt zurück. Die Stadt ist nicht nur Sitz der Bundesverwaltung und -regierung, sondern auch Sitz der Landesregierung. Darüber hinaus ist Wien seit den 1970er Jahren neben New York und Genf eine UNO-Stadt und somit Standort für zahlreiche internationale Institutionen wie zum Beispiel die Internationale Atomenergiebehörde oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Im Rahmen der UN-Kompetenzen ist der «Best Practice Hub for Urban Environmental Technologies» zu nennen, der seit 1999 Informationen rund um Projekte und Programme zur nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung sammelt. Wien will sich als Forschungs- und Wissenschaftsstandort profilieren, indem strategische Standorte ausgebaut werden.

Interessant sind auch die Bemühungen, die Stadt-Umland Beziehungen zu pflegen, um in der Raumordnungspolitik eine bessere Koordination zu erreichen. Im Rahmen des sogenannten Stadt-Umland-Management (SUM) kooperiert die Stadt Wien mit den Umlandgemeinden im Land Niederösterreich. Erwähnenswert sind die Bemühungen Wiens, sich international zu positionieren. Mit dem Projekt CENTROPE will man einen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum schaffen, der nicht nur Wien sondern auch die slowakische Hauptstadt Bratislava als Zentren definiert.

Quelle: Mayer, H. & Haisch, T. (2012) Capital Cities: Eine Fallstudienanalyse von sechs Hauptstädten.



Bern

Sechs Empfehlungen für Bern

Der Endbericht zur Studie «Wertschöpfungssystem eines Politzentrums» beschreibt die folgenden sechs Handlungsempfehlungen:

1. Der Verein Hauptstadtregion Schweiz soll die hauptstadtspezifischen Kompetenzen stärken und ausbauen.
2. Die Hauptstadtregion Schweiz muss ihr Image verbessern.
3. Die Hauptstadtregion Schweiz muss klar kommunizieren, was sie dem Netzwerk Schweiz bietet und in welchen Bereichen sie eine Schnittstellen-Funktionen wahrnimmt.
4. Der Verein Hauptstadtregion Schweiz soll sich für eine proaktive Wirtschaftspolitik einsetzen, die die Innovationsfähigkeit und die unternehmerische Dynamik fördert. Eine solche Wirtschaftspolitik darf aber nicht «business as usual» sein, sondern muss Kompetenzen stärken, die durch die Hauptstadtfunktion geprägt sind (Informations- und Kommunikationstechnologie, eGovernment, Public Management und weiteres).
5. Die funktionalen Verflechtungen innerhalb der Hauptstadtregion sowie die Beiträge der Teilräume an die Hauptstadtregion müssen besser genutzt und kommuniziert werden.
6. Die Hauptstadtregion Schweiz kann nur dann gelingen, wenn alle Partner – Bund, Kantone, Gemeinden sowie die Wirtschaft und die Politik – an einem Strang ziehen und partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Quelle: Mayer, H. & Schnyder, M. (2012) Hauptstadtregion Schweiz: Eine Analyse des Wertschöpfungssystems eines Politzentrums – Eine kurze Zusammenfassung

Vorlesungsreihe
«Macht der Hauptstadt»

Die Forscherteams an der Universität Bern werden in den kommenden Monaten den Dialog zum Thema Hauptstädte fortsetzen. Der Auftakt dazu ist die Vorlesungsreihe des Collegium generale mit dem Titel «Im Herzen der Macht? Hauptstädte und ihre Funktion». Folgende Vorträge stehen bei Erscheinen dieses Hefts noch bevor:

18. 4. 2012

Ottawa: Lumber town to federal capital, Prof. Dr. David Gordon, School of Urban and Regional Planning, Queen`s University, Ottawa, Canada. Vorlesung in englischer Sprache.

25. 4. 2012

Hauptstadtplanungen um 1900. Die Repräsentation des Staates in der Stadt, Prof. Dr. Wolfgang Sonne, TU Dortmund

2. 5. 2012

Funktion und Entwicklungstrend der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, Prof. Dr. Elmar Kulke, Humboldt Universität zu Berlin

9. 5. 2012

Hauptstädte: Politische Repräsentation und Inszenierung machtvoller Präsenz, Dr. Anna Minta, Institut für Kunstgeschichte, Universität Bern

23. 5. 2012

Washington D.C.: Provincial Town or World Capital? Prof. Dr. Carl Abbott, School of Urban Studies and Planning, Portland State University (USA). Vorlesung in englischer Sprache.

30. 5. 2012

What can Bern learn from Washington DC? Einführung: Prof. Dr. Heike Mayer, Geographisches Institut, Universität Bern. Anschliessend Podium mit Donald S. Beyer, Jr., Botschafter der Vereinigten Staaten in Bern; Dr. Terry Holzheimer, Director Arlington Economic Development; Georg Tobler, Geschäftsführer der Hauptstadtregion Schweiz; Harriet Tregoning, Director of Office of Planning, Washington D.C. Veranstaltung in englischer Sprache.

Die Veranstaltungen finden jeweils von 18.15 bis 19.45 Uhr im Hauptgebäude der Universität (Hochschulstrasse 4), Auditorium maximum (Hörsaal 110), statt.

Weitere Informationen:

www.collegiumgenerale.unibe.ch

Artikel zur Auftaktveranstaltung:

www.uniaktuell.unibe.ch/content/hintergrund/2012/hauptstadtregion





Was Regionen erfolgreich macht

Die Universität Bern hat neu ein Kompetenzzentrum für die Entwicklung von Wirtschaftsräumen. Das «Center for Regional Economic Development» (CRED) setzt gleichermaßen auf wissenschaftliche Tiefe und Praxisbezug.

Von Aymo Brunetti

Warum entwickeln sich gewisse Länder oder Regionen erfolgreicher als andere? Welche wirtschaftspolitischen oder unternehmerischen Faktoren können diese Unterschiede nachweisbar beeinflussen? Was kann man aus dem Vergleich mit anderen Regionen oder Ländern für die Gestaltung von erfolgsversprechenden Rahmenbedingungen lernen? Solche Fragen sind von allergrösster Bedeutung. Gemünzt auf die weltweiten Entwicklungsunterschiede von Ländern sagte der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Robert Lucas dazu gar einmal, wenn man beginne über solche Fragen nachzudenken, sei es schwer, überhaupt noch an etwas anderes zu denken. Wenn auch die Unterschiede zwischen schweizerischen Regionen oder westeuropäischen Ländern nicht derart gross sind, gehören die Bestimmungsfaktoren der Entwicklung von Wirtschaftsstandorten doch auch in wohlhabenden Ländern zu den allerwichtigsten Themen für Entscheidungsträger auf jeder föderalen Ebene.

Mit der Gründung des «Center for Regional Economic Development» (CRED) hat die Leitung der Universität Bern ein Signal gesetzt, in Zukunft auf solche Themen einen klaren und sichtbaren Fokus zu richten. Die Schaffung des CRED wurde 2011 beschlossen und kommuniziert, seit Anfang 2012 läuft der Aufbau. Der Breite des Themas der regionalen Wirtschaftsentwicklung angemessen, ist das CRED eine Zusammenarbeit über die Fakultätsgrenzen hinweg. Es wird in der Gründungszeit gemeinsam getragen vom Departement Volkswirtschaftslehre, vom Geographischen

Institut und von der Abteilung für Unternehmensführung und Entrepreneurship des Instituts für Marketing und Unternehmensführung der Universität Bern. Die Arbeiten des Zentrums sollen mit der Zeit um weitere Partner der Universität Bern sowie anderer Universitäten erweitert werden.

Erste Schwerpunkte definiert

Ziel des CRED ist es, ein national und international anerkanntes universitäres Kompetenzzentrum für die Analyse, Beurteilung und Gestaltung der für die Entwicklung von Wirtschaftsräumen relevanten Faktoren zu sein. Die Aktivitäten der im Zentrum vereinigten Forschenden basieren auf wissenschaftlichen Methoden und haben gleichzeitig einen klaren Bezug zur Praxis. Das Zentrum versteht sich als wissenschaftliche Anlaufstelle für Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung sowie für angewandte und politiknahe Forschung und Beratung für regionale, kantonale, nationale und internationale öffentliche und private Institutionen. Gleichzeitig geniessen im Rahmen der Arbeiten des Zentrums die Lehre und die Nachwuchsförderung in diesen Gebieten eine besondere Priorität.

Das CRED interessiert sich prinzipiell für alle Aspekte der wirtschaftlichen Regionalentwicklung und deckt deshalb ein sehr breites Gebiet ab. Entsprechend wenig möchte es sich hier a priori einschränken, und entsprechend breit können die in Forschungsprojekten behandelten Fragestellungen sein. Daneben wird aber eine gewisse Schwerpunktbildung angestrebt. Es werden also in Zukunft Gebiete definiert, in

denen das CRED über eine spezielle Expertise verfügt. Dies kann in Forschungsschwerpunkten sein oder in einzelnen Fällen sogar in institutionalisierten Forschungsstellen. Bereits beschlossen ist, die langjährige Tradition der Tourismusforschung an der Universität Bern im Rahmen einer Forschungsstelle Tourismus am CRED fortzusetzen. Ein erster, sich bereits in Umsetzung befindender Forschungsschwerpunkt ist das Thema Hauptstadtregionen.

Lehre wird ausgebaut

Im Bereich der Lehre werden zurzeit Vorarbeiten für einen Schwerpunkt zu Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung von Wirtschaftsräumen auf Masterstufe geleistet. Längerfristig ist denkbar, im Rahmen des CRED eine Graduate School auf Doktorandenstufe zu etablieren.

Genauere Informationen zu Ausbildungsprogrammen und Lehrtätigkeit, zu den weiteren Forschungsschwerpunkten und zu den beteiligten Forschenden werden auf der Website des CRED (www.cred.unibe.ch) laufend kommuniziert.

Kontakt: Prof. Dr. Aymo Brunetti, Departement Volkswirtschaftslehre, Direktor des CRED, aymo.brunetti@vwi.unibe.ch

Die Hauptstadt existiert nicht

Bern ist nicht die Hauptstadt der Schweiz. Bern ist die Bundesstadt der Schweiz. In dieser Differenz steckt viel mehr als eine begriffliche Bagatelle. An diesen paar Buchstaben hängt vielmehr das ganze Gewicht der Schweizer Geschichte und der politischen Kultur dieses Landes.

Von André Holenstein

Was die Eigenschaft Berns als Bundesstadt ausmacht, zeigt sich nirgendwo so prägnant wie am Bundeshaus. Das Bundeshaus in der Bundesstadt ist das Haus des Bundes, es ist der Ort, wo der Bund in seiner Stadt gewissermassen zu Hause ist. In diesem Beitrag geht es darum zu zeigen, was es heisst, dass Bern die Stadt des Bundes ist. Wie ist Bern überhaupt Bundesstadt geworden? Nach dem Sonderbundskrieg und dem Sieg der liberal-radikalen Kantone über die katholisch-konservativen Kantone 1847 war der Weg frei für eine grundlegende Revision des Bundesvertrags von 1815. Die Bundesverfassung von 1848 entwickelte den bisherigen Verbund souveräner Kantonalstaaten zum Bundesstaat weiter und gab der Schweiz erstmals dauerhaft eine zentralstaatliche politische Organisation. Mit der Schaffung der neuen Bundesbehörden (Bundesrat, Bundesversammlung, Bundesverwaltung) stellte sich den Verfassungsvätern von 1848 auch die Frage, wo diese ihren Sitz haben sollten. Sie konnten dafür auf keine Tradition zurückgreifen. Denn weder hatte es bis dahin eine bundesstaatliche Verwaltung gegeben noch einen Ort, den alle Kantone als politisches, administratives und symbolisches Zentrum der Eidgenossenschaft anerkannt hätten.

Ein Zentrum, aber keine Hauptstadt

In der alten Eidgenossenschaft bis 1798 hatte die Tagsatzung – dieser Kongress von Gesandten der Kantone – an vielen verschiedenen Orten getagt: in Luzern und Zürich, besonders häufig auch in Baden und Frauenfeld. Zwischen 1798 und 1803 hatte die kurzlebige Helvetische Republik drei Hauptstädte gekannt: zuerst Aarau, dann Luzern und schliesslich Bern. In der Epoche

des Bundesvertrags nach 1815 waren die Kantone zu einem Rotationssystem übergegangen. Der Vorort der Eidgenossenschaft – und mit ihm der Sitz der Tagsatzung – wechselten alle zwei Jahre unter Zürich, Bern und Luzern.

Als 1848 ein politisch-administratives Zentrum für den neuen Bundesstaat zu bestimmen war, verzichteten die Verfassungsväter darauf, eine Hauptstadt der Schweiz zu bezeichnen und formulierten stattdessen in Artikel 108: «Alles, was sich auf den Sitz der Bundesbehörden bezieht, ist Gegenstand der Bundesgesetzgebung.» Die Bundesstadt ist also nicht mehr und nicht weniger als der Sitz der Bundesbehörden.

Mit dem Verzicht auf die Wahl einer Hauptstadt wollte man die staatliche Zentralisierung nicht auch noch symbolisch auf die Spitze treiben und nahm Rücksicht auf die Stimmung in den katholisch-konservativen Kantonen. Diese waren ja mit Gewalt in den neuen Staat geprägt worden, den sie auch weiterhin politisch, kulturell und gefühlsmässig ablehnten. Artikel 108 der Bundesverfassung trug aber auch den Rivalitäten zwischen den Kantonen Rechnung, denn er liess für die Zukunft die Option offen, Einrichtungen des Bundes auch ausserhalb des Sitzes der Bundesbehörden ansiedeln zu können. Dies ist ja dann auch tatsächlich mehrfach bis in die jüngste Zeit geschehen: Zürich erhielt 1855 die Eidgenössische Polytechnische Schule, 1891 das Landesmuseum und 1905 den Sitz des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Lausanne hat seit 1874 das Bundesgericht und seit 1969 die Ecole Polytechnique Fédérale (EPFL), Luzern ist seit 1917 Sitz des Eidgenössischen Versicherungsge-



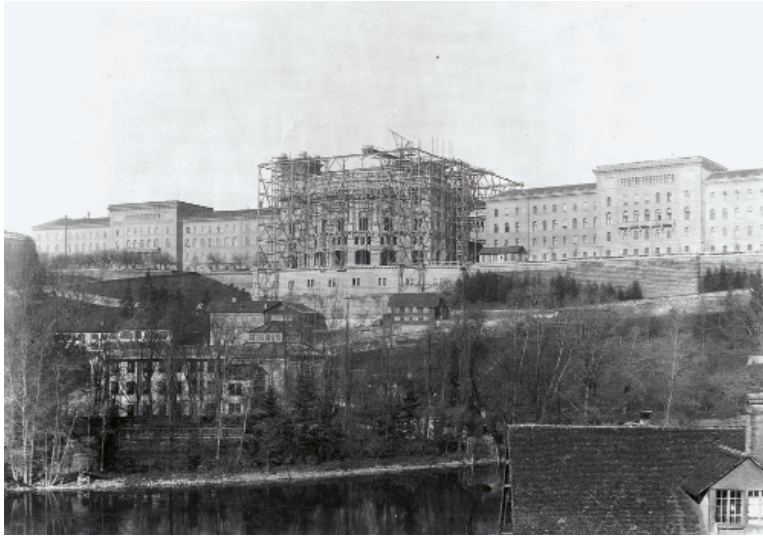
Das neue Bundesrathaus von 1857 (heute Bundeshaus West, Bildmitte rechts) und der Bahnhof von 1860 (vorne rechts) veränderten das Berner Stadtbild massiv.

richts und seit 2004 beherbergt Bellinzona das Bundesstrafgericht und St. Gallen seit 2012 das 2007 geschaffene Bundesverwaltungsgericht.

Bern verschuldet sich für das Bundeshaus

Als der Sitz der neuen Bundesbehörden bestimmt werden sollte, einigten sich die Bundesparlamentarier schon im ersten Durchgang für Bern und damit gegen Zürich und Luzern. Damit war die Entscheidung für Bern allerdings noch nicht definitiv gefallen. Denn die Ehre, Bundesstadt zu werden, war nicht umsonst zu haben: Sie musste den Bundesbehörden die erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und unterhalten. Die Stadt Bern musste sich also entscheiden, ob sie diese Lasten übernehmen wollte oder nicht. In der Stadt war im Prinzip die Bürgergemeinde für das Bauwesen verantwortlich. Sie erklärte die Bundessitz-Angelegenheit zur Sache der Einwohnergemeinde, war aber bereit, dieser einen Kredit von 200 000 Franken zu gewähren, ergänzt mit einem finanziellen Beitrag, dessen Höhe noch zu bestimmen war. Mit 419 zu 313 Stimmen nahm die Einwohnergemeindeversammlung nach einer langen Debatte am 18. Dezember 1848 die Wahl Berns zur Bundesstadt an.

1851 setzten die Bauarbeiten für das sogenannte Bundesrathaus ein. Doch der Baukredit reichte bei weitem nicht. Die Einwohnergemeinde musste eine Anleihe von 800 000 Franken aufnehmen, besass



Die neue Silhouette der Bundesstadt nach dem Bau des Bundeshaus Ost, aber noch ohne Parlamentsgebäude.



Für den Bundesplatz musste eine ganze Häuserzeile weichen. Im Hintergrund das 1902 eingeweihte Parlamentsgebäude.

aber kein eigenes Vermögen. So kam es, dass der Bundesrathausbau 1852 den Anstoss zu jener Vermögensauscheidung zwischen Bürgergemeinde und Einwohnergemeinde gab, ohne welche die Einwohnergemeinde nicht kreditwürdig gewesen wäre. 1854 wurden eine zweite Anleihe sowie eine ausserordentliche Gemeindesteuer fällig. Als das Bundesrathaus 1857 dem Bund übergeben wurde, hatte der Bau die Stadt Bern gut zwei Millionen Franken gekostet. Es entspricht dem heutigen Bundeshaus West (Bild oben links).

Als 1874 die Bundesverfassung revidiert wurde und der Bund neue Aufgaben übernahm, wuchsen die Bundesverwaltung und mit ihr der Raumbedarf. Die Einwohnergemeinde der Stadt Bern war angesichts der wachsenden Bedürfnisse des Bundes finan-

ziell überfordert, so dass sie 1875 gegen eine einmalige Ablösung in der Höhe von 500 000 Franken von allen Verpflichtungen «für Bundessitzleistungen» entbunden wurde und das Bundesrathaus in den Besitz der Eidgenossenschaft übergang.

Massiver Eingriff ins Stadtbild

In einem ersten Ausbauschnitt entstand zwischen 1888 und 1892 spiegelbildlich zum bisherigen Bundesrathaus das Bundeshaus Ost. Und zuletzt wurden die beiden Gebäude mit dem Bau des Parlamentsgebäudes 1894–1902 miteinander verbunden. Das Bundeshaus in seiner heutigen Gestalt und Ausdehnung ist also nicht auf einmal als Gesamtanlage konzipiert worden, sondern entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in drei Etappen.

Der Neubau stellte einen enormen Eingriff in den Stadtkörper dar. Mit seiner Ausdehnung und mit seinem monumentalen zentralen Kuppelbau veränderte er das Stadtbild massiv und besetzte die städtebaulich exponierte südliche Hangkante der Halbinsel fast auf der gesamten Länge der Oberstadt. Ältere Gebäude mussten dem Neubau weichen, darunter sehr bedeutende Bauten der bernischen Architekturgeschichte wie das alte Inselspital oder das alte Casino.

Eine ganze Häuserzeile musste abgerissen werden, um die Freifläche für den Bundesplatz zu schaffen, und um einen distanzierten Blick auf die repräsentative Nordfassade möglich zu machen (Bild rechts unten).

Architekt des Parlamentsgebäudes war der Zürcher Hans Auer (1847–1906), ein Schüler Gottfried Sempers. Neben seiner Bautätigkeit war Auer von 1890 bis 1904 ausserordentlicher Professor für Geschichte der Architektur an der Universität Bern. Auers Idee war es, das Parlamentsgebäude als architektonischen Höhepunkt zwischen den beiden Verwaltungsgebäuden zu gestalten und damit ein nationales Symbol zu schaffen. Dieser Zentralbau sollte das politische Zentrum des Bundesstaates sein und nach Auffassung des Architekten zugleich das Land symbolisch repräsentieren: «Es gilt ein Werk zu schaffen, das dem Lande zu unvergänglicher Ruhme dient, ein Symbol schweizerischer Einheit und Einigkeit, die höchste Bestätigung des nationalen Kunstsinns.»

Bruch mit dem alten Bern – und der alten Schweiz

Mit solchen Eigenschaften erhielt das Bundeshaus die Attribute eines schweizerischen Nationaldenkmals zugeschrieben: Der Bundesstaat setzte sich und der staatstragenden Bundesideologie ein Denkmal.

Als solches verstand es auch der Freiburger Patrizier und Intellektuelle Gonzague de Reynold (1880–1970), ein autoritär-konservativer Gegner des Bundesstaates von 1848, den er als unschweizerisches Werk



des liberalen Bürgertums ablehnte. 1929 veröffentlichte de Reynold ein Buch mit dem Titel «Le génie de Berne» – eine Hymne auf die glorreichen Zeiten des alten Bern vor 1798 und auf die staatsmännischen Tugenden des bernischen Patriziats. Er beklagt, das Parlamentsgebäude zerstöre das über die Jahrhunderte gewachsene Stadtbild. Der Bau nehme keine Rücksicht auf die Überlieferung und werde damit zum Sinnbild einer «Suisse théorique», das heisst einer geschichtsvergessenen, modernen Schweiz, wie sie mit der Revolution von 1848 an die Macht gekommen sei und die wahre Schweiz der alten, leuchtenden Eidgenossenschaft beseitigt habe.

Das Bundeshaus als Nationaldenkmal

De Reynold hat die Symbolik des Gebäudes richtig erkannt, auch wenn er sie ganz einseitig aus der Perspektive seiner eigenen Ideologie kritisiert hat. Das Bundeshaus sollte neben seiner praktischen Funktion als Sitz von Bundesversammlung und Bundesrat die junge Nation symbolisieren. Das grosse Thema für das Bildprogramm, das die

künstlerische Gestaltung der Fassaden und der Innenräume anleitete, war die Idee des Bundes bzw. der Eidgenossenschaft (siehe Text «Ikonen des Bundesmythos»).

Die Bundesidee oder Bundesideologie war eine Konstruktion des 19. Jahrhunderts. Ihr leitender Gedanke war es, die moderne Schweiz allgemein und den Bundesstaat von 1848 im Besonderen als Ergebnis einer zwangsläufigen, gewissermassen natürlichen Geschichte darzustellen, deren Anfänge in den sogenannten Bünden des 13. und 14. Jahrhunderts wurzelten. Die Bundesidee des 19. Jahrhunderts ist eigentlich ein Bundesmythos, das heisst eine Ursprungs- und Gründungserzählung, die den Bundesstaat von 1848 nicht als Bruch mit der Tradition der alteidgenössischen Kantonalstaatlichkeit, sondern als deren zeitgemässe Erneuerung und organische Fortbildung vorstellte. Der Bundesmythos blendete nicht nur die zahlreichen Krisen und Konflikte früherer Jahrhunderte aus. Er verlieh dem schweizerischen Zentralstaat von 1848 die Würde einer säkularen Tradition und lud darüber hinaus die Verlierer der Sonderbundskrise von 1847 – also die

Urkantone der katholischen Innerschweiz – ein, den neuen Staat auch als ihren Staat anzuerkennen.

Mit Erfolg: Mit dem Repertoire an historischen und mythischen Themen aus der Nationalgeschichte, wie es im Parlamentsgebäude zum Ausdruck kommt, verständigen sich immer noch viele Schweizerinnen und Schweizer darüber, wer sie sind, woher sie kommen, warum es die Schweiz gibt und warum ihr Land geworden ist, was es ist.

Kontakt: Prof. Dr. André Holenstein, Historisches Institut, Abteilung für Schweizergeschichte, andre.holenstein@hist.unibe.ch

Ikonen des Bundesmythos

Die Idee des Bundes ist das grosse Thema im Bildprogramm des «Nationaldenkmals» Bundeshaus. Doch wie stellt man ein politisches Gebilde dar, dessen Einzelteile zwar miteinander verbündet sind, die aber gleichzeitig auf ihre Eigenständigkeit pochen?

Die Aufgabe, den schweizerischen Bundesstaat symbolisch abzubilden, stellt ikonographisch eine Herausforderung dar. Es gilt, ein Konstrukt darzustellen, das aus souveränen Teilen, den Kantonen, besteht. Diese sind zwar miteinander verbündet, pochen aber dennoch so eifersüchtig auf ihre Eigenständigkeit, dass sie noch 1847 selbst vor Krieg nicht zurückschreckten, um ihre partikularen Interessen zu wahren.

Vom Wappenkreuz zum Schweizerkreuz

Doch der Bundesstaat von 1848 konnte auf mehrere ikonographische Traditionen aus der Zeit der alten Eidgenossenschaft zurückgreifen. Seit dem frühen 16. Jahrhundert war der Wappenkranz der eidgenössischen Orte die zentrale ikonographische Repräsentation der Eidgenossenschaft. Der Wappenkranz machte den problematischen Mangel wett, dass die 13 Kantone der alten Eidgenossenschaft kein gemeinsames staatliches

Hoheitszeichen wie etwa ein Siegel oder Wappen hatten. Der Wappenkranz stellte die Eidgenossenschaft als Summe ihrer autonomen Glieder dar. Indem entweder ein Kreuz oder die drei schwörenden Eidgenossen in die Mitte des Kranzes gestellt wurden, liess sich die Idee der Einheit in der föderalen Vielfalt wiedergeben. Dies galt auch für die Zeit zwischen 1815 und 1848. Im Bundesstaat seit 1848 erinnert der Wappenkranz an die fortdauernde Souveränität der Kantonalstaaten und den Föderalismus als staatstragendes Prinzip der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Zum Wappenkranz traten in der Neuzeit weitere Symbole für die eidgenössische Zusammengehörigkeit hinzu. An erster Stelle ist hier das Schweizerkreuz zu nennen, das

im 19. Jahrhundert ganz ins Zentrum der nationalen Staats-Ikonographie rückte. Die Geschichte des Schweizerkreuzes reicht bis ins Spätmittelalter zurück. Das durchgehende, weisse Kreuz hat sich als Erkennungszeichen auf den Fahnen der Schweizer Soldtruppen in fremden Diensten etabliert. Doch weil es das Ganze gewissermassen über die einzelnen Kantone stellt, bildete das alleinstehende Kreuz die bündische Organisationsform nicht korrekt ab. Erst im 19. Jahrhundert hat sich das Schweizerkreuz auch im Inland als Symbol für das alteidgenössische Bündnissystem durchgesetzt.

Im Bundeshaus sind Wappenkranz und Schweizerkreuz im Kuppelgebäude des Parlamentsgebäudes harmonisch vereint dargestellt (siehe Bild).



RütliSchwur gegen Bundesbrief

Im Zentrum des eidgenössischen Bundesmythos des jungen Bundesstaates standen die beiden Gründungserzählungen, die seit dem 19. Jahrhundert miteinander um den Vorrang im historischen und kulturellen Gedächtnis stritten. Die Kontroverse drehte sich um die zentrale Frage, wer eigentlich wann und unter welchen Umständen die Eidgenossenschaft gegründet habe. Die Kontroverse berührte damit die Frage, wer über das wahre, richtige Geschichtsbild verfügte.

Die ältere Gründungserzählung ist seit den 1470er Jahren in Chroniken überliefert. Sie handelte von freien Bauern in der Innerschweiz, die von bösen Vögten unterdrückt wurden, die ihnen ihr Vieh wegnahmen, ihre Frauen misshandelten oder ihnen gar befahlen, auf einen Apfel auf dem Kopf ihrer Kinder zu schießen.

Die Chroniken erzählten weiter davon, wie die tyrannisierten Landleute sich auf dem Rütli trafen, um sich zu beraten und den Widerstand gegen die Vögte zu planen. Schliesslich eroberten die Bauern die Burgen der bösen Vögte, sie jagten ihre Bedrücker aus dem Land und verbündeten sich zur Eidgenossenschaft, um in Zukunft ihre Freiheit zu verteidigen. Der Glarner Chronist Aegidius Tschudi hat diese spektakuläre Erzählung als erster datiert und das Geschehen auf den Jahreswechsel 1307/1308 angesetzt. So steht es auch auf dem Sockel des Altdorfer Tell-Denkmal von 1895. Diese Erzählung ist nicht zuletzt dank ihrer einprägsamen Geschichten, mit ihrer klaren Unterscheidung zwischen Freund und Feind, zwischen den Eigenen und den Fremden sowie wegen des heroischen Widerstands einfacher Bauern gegen überhebliche Adelige und des edlen Motivs des

Freiheitskampfes eine enorm populäre Erzählung geworden.

Diese Erzählung erhielt seit den 1830er Jahren Konkurrenz durch eine Erzählung, die für sich in Anspruch nahm, wissenschaftlich kritisch zu sein. Die kritische Analyse der Quellen hatte gezeigt, dass die Geschichten von Tell und vom Rütli erst mehr als 150 Jahre nach dem angeblichen Geschehen in den Quellen fassbar wurden und dass sie durch keine weiteren Quellen bestätigt wurden als durch Chroniken, denen die Historiker Parteilichkeit vorwarfen. An die Stelle der subjektiv gefärbten Chroniken rückten die Historiker nun die Urkunden, die ihnen wegen ihres Rechtscharakters grundsätzlich glaubwürdiger erschienen. Es schlug nun die Stunde der sogenannten «Bundesbriefe» und insbesondere des Bundesbriefs von 1291.

Diese Urkunde erzählt nichts von tyrannischen Vögten, Tell, RütliSchwur und Burgenbruch, sie hält stattdessen fest, dass sich drei Länder um den Vierwaldstättersee miteinander verbündeten, um den Landfrieden zu sichern und jede Form eigenmächtiger Gewalt im Land zu bestrafen. Der Bundesbrief hält nüchtern eine rechtliche Vereinbarung fest, die so im Spätmittelalter in ganz Europa tausendfach getroffen worden ist.

Weil sich im Verlauf des 14. Jahrhunderts die Städte Luzern, Zürich und Bern aus jeweils sehr unterschiedlichen Gründen nebst vielen anderen Partnern auch mit den drei Ländern verbündeten, hat die Geschichtsforschung des 19. Jahrhunderts diese Bündnisverträge zu eigentlichen Staatsgründungsakten und frühen Verfassungsdokumenten erklärt. Offizielle Gültigkeit erhielt diese Erzählung dadurch, dass der Bundesrat auf das Jahr 1891 die



600-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft ansetzte und damit das Jahr 1291 zum offiziellen Gründungsjahr der Eidgenossenschaft erklärte. Wenige Jahre später (1899) wurde der 1. August zum Bundesfeiertag erhoben, weil der sogenannte Bundesbrief von 1291 auf den Beginn des Monats August datiert war.

Geschichtspolitisches Wunderwerk

Bald schon kam es zu einer bemerkenswerten Fusion dieser beiden ganz unterschiedlichen Gründungserzählungen, die überlieferungsgeschichtlich überhaupt nichts miteinander zu tun hatten. Wie aber hat man es verstanden, die Geschichten von 1291 und 1307 so schön zusammenzufügen, dass immer noch viele Schweizerinnen und Schweizer meinen, am 1. August feierten wir den RütliSchwur, und der Bundesbrief von 1291 sei im Grunde nichts Anderes als das Versammlungsprotokoll der auf dem Rütli versammelten Männer?

Ein Erinnerungsort, der massgeblich dieses erzählerische und geschichtspolitische Wunderwerk ermöglicht hat, ist das Parlamentsgebäude. Im Dienst der Bundesidee sind im Parlamentsgebäude Figuren, Jahreszahlen und Motive aus den beiden Gründungserzählungen zusammengefügt worden.

Die prominenten Orte und Figuren aus der mythischen Gründungserzählung wie das Rütli, oder Tell sind im Bundeshaus an herausragender Stelle vertreten. Und die drei Eidgenossen legten ihre Schwurhand nun auf einen Bundesbrief (siehe Bild).
André Holenstein



Politische Strukturen auf dem Prüfstand

Die fünf Mitgliederkantone der Hauptstadtregion Schweiz umfassen 861 politische Gemeinden. Diese hohe Fragmentierung lässt gewisse Zweifel daran aufkommen, ob der Zusammenarbeitsraum zu einem Erfolgsmodell wird und die Ziele uneingeschränkt erreicht werden können.

Von Reto Steiner

Bis vor wenigen Jahrzehnten war der Lebens- und Wirtschaftsraum der Schweizer Bevölkerung regional deutlich begrenzter als heute. Die politische Gemeinde und ihr nahes Umfeld bildeten für viele öffentliche Aufgaben die natürliche Grenze. So erstaunt es nicht, dass der amerikanische Soziologe Roland Warren noch 1963 für eine politische Gemeinde die «Produktion, Distribution und den Konsum von Gütern» als konstituierend bezeichnete.

Heute spielen Gemeindegrenzen eine deutlich geringere Rolle: Ohne enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen sowie zwischen Staat und Privatwirtschaft lassen sich die öffentlichen Dienstleistungen nicht mehr erbringen. Dies zeigt etwa das Beispiel des öffentlichen Agglomerationsverkehrs: Die Bestellung, Finanzierung und Bereitstellung des Angebots tangieren den Bund, die beteiligten Kantone, die Regionen und die betroffenen Gemeinden. Zudem sind die Transportunternehmen nicht mehr zwingend in öffentlichem Eigentum, sondern können auch durch Private betrieben werden.

Die herkömmlichen staatlichen Entscheidungsstrukturen gelangen rasch an ihre Grenzen: Eine horizontal wie auch vertikal übergreifende Zusammenarbeit ist deshalb zwingend, um ein Angebot zu schaffen, das den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht.

Umstrittene optimale Strukturen

Sind nun neu geschaffene Kooperationsmodelle wie die Hauptstadtregion Schweiz ein geeigneter Ansatz, um in Agglomerationen und Metropolitanräumen das öffentliche Leistungsangebot und die regionale Entwicklung zu verbessern? Und um Regionen für den nationalen wie auch internationalen Wettbewerb zu stärken? Die Forschung gibt auf diese Frage keine

abschliessende Antwort. Drei Gedanken-schulen buhlen um die Gunst der öffentlichen Meinung.

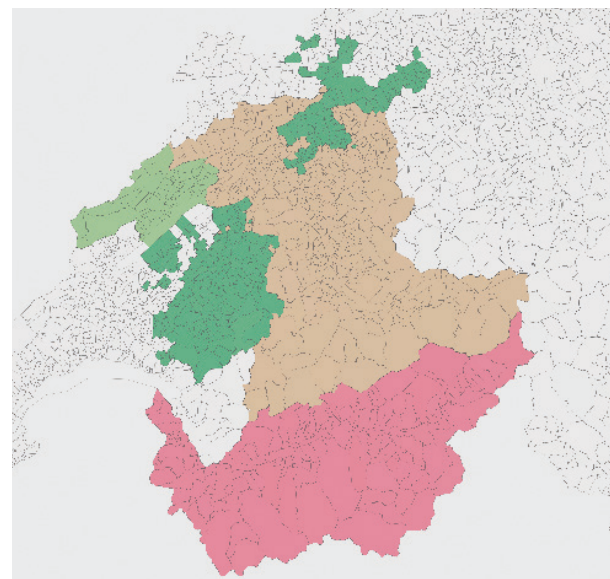
Für Fusionen ...

Die Verfechter einer Konsolidierung sind davon überzeugt, dass es aus wohlfahrts-ökonomischer Sicht eine optimale Grösse für eine Gebietskörperschaft gibt. Ihrer Meinung nach kann man die öffentlichen Aufgaben zu einem Bündel zusammenfassen und eine effektive wie effiziente Grösse für eine Gebietskörperschaft berechnen. So wurden beispielsweise 1898 fünf bislang eigenständige Bezirke zur Stadt New York City fusioniert. Auch in der Schweiz kam es dank dieses Denkansatzes in den Agglomerationen Zürich, Winterthur und Genf zwischen 1893 und 1934 zu Gemeindefusionen. Seither ist die Rezeption in der Schweiz in den städtischen Gebieten gering, während beispielsweise in Deutschland in den 1970er Jahren (umstrittene) Eingemeindungen vorgenommen wurden.

Erst seit wenigen Jahren sind Fusionen in städtischen Gebieten in der Schweiz wieder ein Thema, beispielsweise in Lugano oder Luzern. In Bern ist die Debatte noch nicht sehr weit gediehen. Der Verein «Bern neu gründen» versucht diesbezüglich Akzente zu setzen, noch aber mit geringer Resonanz bei den politischen Entscheidungsträgerinnen.

... oder mehr Wettbewerb?

Einen gegenteiligen Ansatz verfolgen die Vertreter der Schule der Politischen Ökonomie. Sie sind überzeugt, dass verordnete Fusionen bestehender Gebietskörperschaften wenig effizient sind. Ihrer Meinung nach ist Wettbewerb eine wichtige Voraussetzung, damit die Gemeinden und Kantone ihre Leistungen bürgernah erbringen und die Steuerbelastung massvoll bleibt.



Gebietskörperschaften können ihrer Meinung nach durchaus freiwillig fusionieren. In der Regel seien aber gerade kleinere Gebietskörperschaften viel näher an den Bedürfnissen der Menschen. Charles Tiebout hat 1956 erstmals pointiert den Wettbewerb zwischen den Gemeinden postuliert. In der Schweiz gilt als bekannter Vertreter und Weiterentwickler dieses Ansatzes der Zürcher Ökonom Bruno S. Frey, der «Functional, Overlapping, Competing Jurisdictions» fordert, also Gebietskörperschaften, welche jeweils nur eine Aufgabe erfüllen, sich überlappen und in einem Wettbewerb zueinander stehen. So dürfte es in der Hauptstadtregion Schweiz beispielsweise weiterhin hunderte von Gemeinden geben, aber auch eine Vielzahl von Institutionen der Wirtschafts- und Tourismusförderung.

Die Mitteposition:

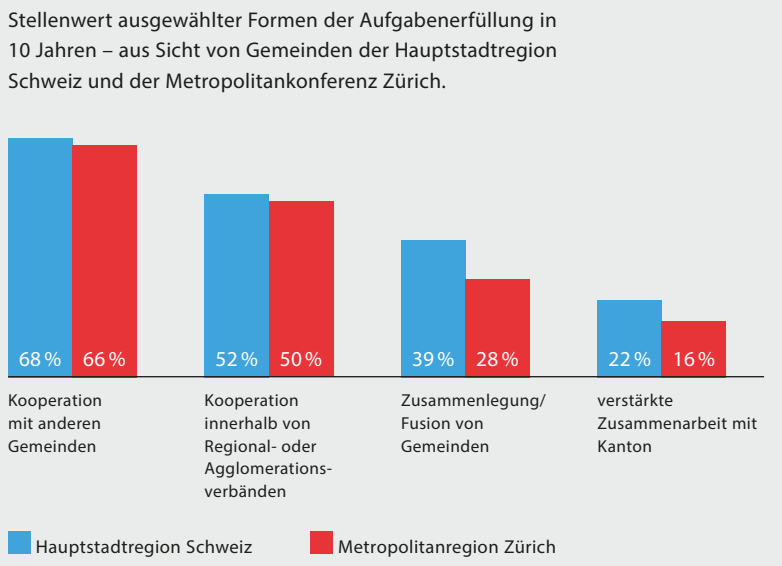
«Neuer Regionalismus»

Die Vertreter des Neuen Regionalismus vermitteln zwischen diesen Radikalpositionen. So sieht beispielsweise der in Deutschland forschende Dietrich Fürst sowohl die Vorteile des ergebnisorientierten Konsolidierungsansatzes wie auch des anreizorientierten Wettbewerbsansatzes. Für die einzelnen staatlichen Leistungen gebe es durchaus optimale Einzugsgebiete. Eine Universität oder auch die Wirtschaftsförderung benötigen ein wesentlich grösseres Einzugsgebiet als eine Volksschule. Deshalb könne es Sinn machen, für einzelne Aufgaben Gebietskörperschaften mit grösserem Perimeter zu schaffen. Dies führe dazu, dass öffentliche Leistungen von den gleichen Akteuren bestellt, finanziert und genutzt werden.

Die Vertreter des Neuen Regionalismus fordern keine Institutionen im Sinne einer vierten Staatsebene mit eigener Steuerho-

Die Hauptstadtregion besteht aus 861 Gemeinden in den Kantonen Bern, Fribourg, Solothurn, Wallis und Neuenburg – das macht ein gemeinsames Auftreten nicht einfach.

Die Mehrheit der Gemeinden gibt an, dass sie künftig vermehrt mit ihren Nachbargemeinden kooperieren werden – bloss die Hälfte setzt jedoch auf Zusammenarbeit in der Region.



heit, sondern «weiche Institutionen»: Das heisst, dass bestehende Gebietskörperschaften eine verbindliche, gegen aussen sichtbare Kooperation eingehen. Gefällte Entscheide müssen dann von allen Partnerinnen einheitlich getragen und mitfinanziert werden.

Vom Ansatz der politischen Ökonomie übernehmen die Vertreter des Neuen Regionalismus die Haltung, dass zwischen diesen neuen «weichen Institutionen» durchaus Wettbewerb zugelassen werden soll. So können Förderbeiträge des Bundes an diejenigen Regionen gehen, welche besonders innovative Projekte erarbeitet haben.

Die Hauptstadtregion Schweiz ist ein Konstrukt, das dem Geist des Neuen Regionalismus entspricht. Dabei hat man sich für eine offen gestaltete Kooperation entschieden, bei welcher die beteiligten Partner ihre Kompetenzen zu weiten Teilen behalten. Anders gelöst ist dies bei den geografisch enger gefassten Regionalkonferenzen im Kanton Bern, wo die Zusammenarbeit verbindlich geregelt wird.

Erfolgsfaktoren für die Hauptstadtregion

Wird die Hauptstadtregion Schweiz zu einem erfolgreichen Kooperationsmodell? Zur Bestimmung möglicher Erfolgsfaktoren können Erkenntnisse der Forschung über effektive Organisationen dienen. Folgende Punkte gelten als erfolgskritisch: Identifikation aller Mitglieder mit der Organisation, Zielorientierung, Führbarkeit und geringe Koordinationskosten, schnelle und ausgewogene Informationsprozesse sowie Anpassungs- und Innovationsfähigkeit.

Unbestritten ist die notwendige Identifikation der beteiligten Mitglieder – also der Kantone, Regionen und Gemeinden – mit dem neuen Zusammenarbeitsraum. Eine an der Universität Bern durchgeführte Befra-

gung aller Gemeinden in der Hauptstadtregion Schweiz und der Metropolitantkonferenz Zürich im Jahr 2010 zeigt ein interessantes Bild: So sind die Gemeinden überzeugt, dass die gemeindeübergreifende Kooperation in den kommenden zehn Jahren die wichtigste Neuerung bei der Aufgabenwahrnehmung sein wird. Es gehen jedoch nach wie vor mehr Gemeinden davon aus, dass die Kooperation mit den Nachbargemeinden und nicht innerhalb der Agglomerationen und Regionen an Bedeutung gewinnen wird (siehe Grafik rechts). Hier gilt es Überzeugungsarbeit zu leisten.

Sichtbare Erfolge notwendig

Wer Identifikation schaffen will, muss Erfolge erzielen. Dazu muss sich die Organisation klar werden, was sie an Zielen erreichen will. Die Stärkung der Hauptstadtregion Schweiz darf sich nicht nur in einzelnen, atomistischen Projekten äussern, sondern es muss eine gemeinsame Vision und Umsetzungsstrategie sichtbar werden.

Die Gefahr bei Institutionen mit vielen Akteuren und einer gewissen Unverbindlichkeit besteht in einer wenig kohärenten Führung. Es ist zwar für die Akzeptanz der Projekte von Vorteil, wenn die Mitglieder sich frei entscheiden können, ob sie bei einem Vorhaben mitwirken wollen oder nicht. Dabei besteht aber die Gefahr einer Beliebigkeit und einer gegen aussen kaum wahrnehmbaren Führung. Die Hauptstadtregion Schweiz braucht ein erkennbares «Gesicht», um an Momentum und Überzeugungskraft zu gewinnen.

Eine sichtbare Führung unterstützt rasche und ausgewogene Informationsprozesse. Diese sind wichtig, damit ein Einbezug der Anspruchsgruppen möglich ist, Entscheide aber dennoch zeitgerecht getroffen werden können. Die Übereinstimmung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwort-

ung muss bei der Hauptstadtregion Schweiz angestrebt werden.

Schliesslich sollte eine Organisation anpassungs- und innovationsfähig bleiben. Die Hauptstadtregion ist durch ihre gewählte Organisation diesbezüglich gut positioniert, indem die Mitglieder freiwillig an den Projekten mitwirken. Innovative Vorhaben können weniger durch Skeptiker geblockt werden.

Sowohl-als-auch-Strategie

Die Hauptstadtregion Schweiz hat durchaus Potenzial, im Sinne des Neuen Regionalismus den Lebens- und Wirtschaftsraum im Herzen der Schweiz zu stärken und besser zu positionieren. Der Weg dazu ist aber anspruchsvoll. Die Anliegen von Gemeinden im Kanton Wallis unterscheiden sich wohl deutlich von denjenigen im Kanton Solothurn.

Eine regelmässige Erfolgskontrolle wird deshalb wichtig sein, um die Legitimität der Hauptstadtregion Schweiz zu stärken. Wenn die Ziele nur teilweise erreicht werden, müsste man sich zumindest fragen, ob eine Konsolidierung der heute sehr zerstückelten Strukturen im Umfeld von Kernstädten innerhalb der Hauptstadtregion Schweiz nicht eine zielführende ergänzende Strategie sein könnte. Impulse, wie sie der Verein «Bern neu gründen» setzt, sind deshalb nicht eine Konkurrenz, sondern eine Bereicherung zur Debatte um eine prosperierende Zukunft der Hauptstadtregion Schweiz.

Kontakt: Prof. Dr. Reto Steiner, Kompetenzzentrum für Public Management (KPM), Schwerpunkt Organisation des öffentlichen Sektors, reto.steiner@kpm.unibe.ch



Hauptstadtplanung im Zeichen von Politik, Macht und Architektur

Nur selten bot sich der Idealfall, eine Hauptstadt neu zu gründen. Auf dem Reissbrett können Planer die politische Repräsentationsfunktion in Architektur und Städtebau frei entwickeln. Aber auch historisch gewachsene Hauptstädte sind von Ambitionen geprägt, die Nation zu verkörpern.

Von Anna Minta

Hauptstädte sind mehr als Regierungssitze. Sie bilden innenpolitisch einen Raum nationaler Identitätsstiftung und sind ausserpolitisch ein zentraler Ort, an dem sich ein Staat repräsentiert. In ihrer städtebaulichen Struktur und Architektur dokumentieren sie deshalb häufig Ereignisse aus der nationalen Geschichte. Einige Hauptstädte verweisen auf kulturelle und politische Ideale, denen die Realität jedoch nicht immer nachzukommen vermag. Andere wiederum überschreiten die Grenzen politischer Repräsentation und bringen über eine aggressiv-autoritäre Machtdemonstration ihre Herrschaftsansprüche zum Ausdruck. Hauptstädte sind in ihrer Entwicklung und politischen Inszenierung vielfältig, was in diesem Beitrag an einigen Beispielen aufgezeigt wird.

Washington – erste demokratische Reissbrettstadt

Das früheste Beispiel einer demokratischen Hauptstadtgründung ist Washington, D.C. im Jahr 1790. Nach der Unabhängigkeitserklärung der USA 1776 war dies ein hoch symbolischer Akt, der sich in den nachfolgenden Planungsarbeiten widerspiegelte. Bereits die geografische Lage war politisches Kalkül: Man entschied sich gegen bestehende Städte wie New York und Philadelphia, in denen der Kongress zuvor getagt hatte, und wählte ein zentrales, etwa in der Mitte zwischen den Nord- und Südstaaten liegendes Gelände. Präsident George Washington zählte zu den mächtigen Befürwortern einer starken «federal city», da er ohne eine solche Zentralinstanz ein Auseinanderbrechen der Union befürchtete. Für

den Entwurf beauftragte er den Militäringenieur Pierre Charles L'Enfant. Dieser entwickelte, wie er 1791 erklärte, einen monumentalen Masterplan – «on a dimension proportioned to the greatness which [...] the capital of a powerful empire ought to manifest». Die neue Stadt sollte aber nicht nur die «Grösse eines mächtigen Imperiums offenbaren», sondern auch in ihren Strukturen das politische System der USA widerspiegeln. Über den strengen Rasterplan legte L'Enfant daher ein symbolisch-räumliches Schema. Auf den beiden natürlichen Hügeln im Zentrum der Stadt positionierte er – in buchstäblich herausragender Lage – die beiden Instanzen der demokratischen Gewaltenteilung, die er durch einen prächtigen Boulevard und die grosse Grünzone der Mall verband: das Capitol für die Legislative und das White House des Präsidenten als Sitz der Exekutive. Der Judikative wurde in den Gründungsjahren der Republik nur wenig Bedeutung beigemessen, so dass der Gerichtshof nicht einen gleichwertigen Stand in den Planungsarbeiten erhielt.

In der Folge wurden im Stadtzentrum zahlreiche monumentale Nationaldenkmäler errichtet, darunter Personendenkmäler wie das Washington Monument (1848–84), das Lincoln Memorial (1915–22) und das Martin Luther King, Jr. National Memorial (2011) sowie verschiedene Kriegsdenkmäler wie zum Beispiel das Vietnam Veterans Memorial (1982) und das National World War II Memorial (2004). Die Stadt entwickelte sich, wie von L'Enfant projiziert, mit den Denkmälern zu einer nationalen Erinnerungslandschaft, in der die republikanische Geschichte der USA und ihre Protagonisten abzulesen sind.

Brasilia – monumental an den Menschen vorbeigeplant

Vergleichbare Prozesse lassen sich in demokratischen Hauptstadtgründungen der Moderne beobachten. So beschloss 1891 die brasilianische Regierung, eine neue, föderale Hauptstadt zu gründen: Auf dem zentralen Hochplateau – im geografischen Zentrum, jedoch weit abseits der Metropolitanregion entlang der Küste – wurde 1922 der Grundstein für Brasilia gelegt. Aber erst ab 1956 begann unter dem Stadtplaner Lúcio Costa und dem Architekten Oscar Niemeyer der Aufbau öffentlicher Institutionen im Zentrum. Die Instanzen der Gewaltenteilung, kulturelle Einrichtungen und die Kathedrale wurden als abstrakt-geometrische Bauvolumina in monumentalen Dimensionen angelegt (Bild nächste Seite unten links). Gefeierte als Musterbeispiel moderner Architektur und seit 1987 UNESCO-Weltkulturerbe, ist die Stadt jedoch von sozialer Entmischung und funktionaler Isolation einzelner Quartiere geprägt. Reissbrettplanungen gaben den Architekten zwar gestalterischen Freiraum, die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung rückten jedoch häufig in den Hintergrund.

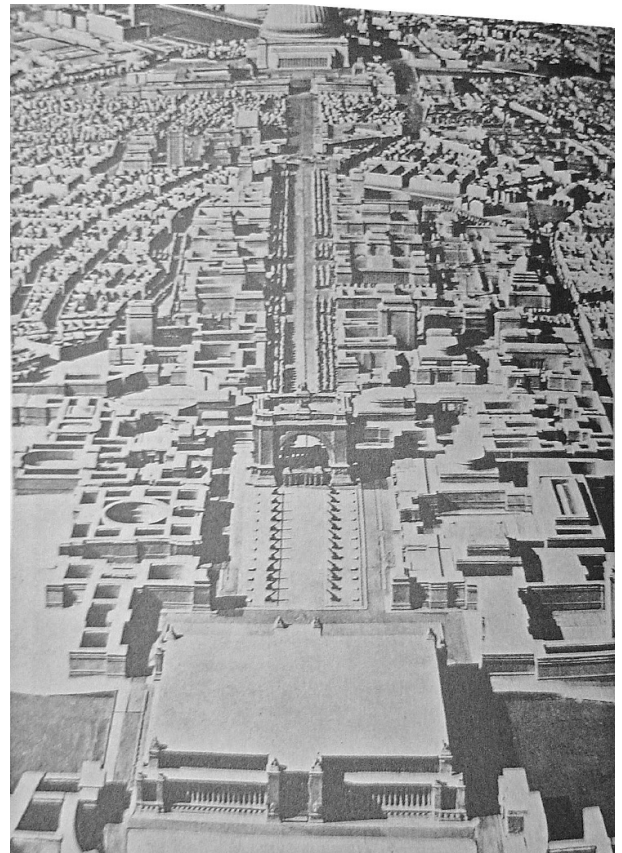
Berlin – die Notwendigkeit einer neuen Hauptstadt

Im Dritten Reich war Albert Speer damit betraut gewesen, Berlin zur neuen Welthauptstadt Germania umzubauen: Der totale Machtanspruch sollte in monumentalfaschistischen Bauten zum Ausdruck kommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bemühten sich beide Nachfolgestaaten – die Bundesrepublik Deutschland wie die

Washington D.C. – die Planhauptstadt, welche die «Grösse eines mächtigen Imperiums» offenbaren und die Strukturen des politischen Systems der USA abbilden soll.



Berlin als «Welthauptstadt Germania» nach der Vorstellung von Albert Speer (Modell).



Brasilia – die Hauptstadt der monumentalen Dimensionen.



Die BRD der Nachkriegszeit setzt in der provisorischen Hauptstadt Bonn auf Bescheidenheit.



Die DDR reisst in Berlin ein preussisches Schloss nieder und errichtet den «Palast der Republik».



Deutsche Demokratische Republik – , in der Gestaltung ihrer jeweiligen Hauptstadt deutliche Zäsuren zum Nationalsozialismus zu setzen. Die provisorische Hauptstadt Bonn als bundesdeutscher Regierungssitz setzte mit dem Einzug des Parlaments in eine ehemalige pädagogische Akademie und deren transparenten Glas-An- und Umbauten ein architektonisches Zeichen demokratischer Offenheit. Die DDR übernahm Ost-Berlin als Hauptstadt. In einem Akt sozialistischer Machtdemonstrationen brach die Regierung 1950/51 das preussische Stadtschloss als Zeugnis feudaler Herrschaft ab. An dessen Stelle entstand 1973 – 76 der Palast der Republik: Ein funktional modernes Gebäude, das entsprechend sozialistischer Ideologie von der Macht im Volk die politischen Institutionen mit gesellschaftlichen Unterhaltungseinrichtungen wie Restaurant, Café, Kegelbahn etc. kombinierte.

Offiziell wegen starker Asbest-Belastung wurde der Palast trotz vehementer Proteste nach der Wiedervereinigung Deutschlands abgerissen – wohl auch, um ein unliebsames Zeugnis deutsch-deutscher Teilungsgeschichte aus dem Zentrum der neu-alten Hauptstadt des vereinigten Deutschlands zu beseitigen. Der Bundestag zog in den ehemaligen Reichstag, der mit einer modifizierten Kuppel(re)konstruktion aus Glas und Stahl dem historistischen Bau des späten 19. Jahrhunderts ein Zeichen des Neubeginns an historischer Stelle setzte. Selbstbewusste, monumental-moderne Neubauten für Kanzleramt und Abgeordnetenbüros verklammern architektonisch-städtebaulich sowie symbolisch die beiden Teile Ost- und Westberlins.

Jerusalem – neue Hauptstadt auf erobertem Territorium

Abrisse, Um- und Neubauten sind – wie das deutsch-deutsche Beispiel zeigt – architektonische Mittel der politischen Machtdemonstration, die zur Konstruktion von Kontinuitäten, beziehungsweise bewusster Brüche in der nationalen Geschichte benutzt werden. Auch in anderen Ländern, beispielsweise Israel, sind sie zu beobachten. Im Mai 1948 riefen Vertreter zionistischer Organisationen den jüdischen Staat Israel aus, dem die



Das wiedervereinigte Deutschland setzt dem ehemaligen Reichstag eine Glaskuppel auf und setzt so ein Zeichen des Neubeginns an historischer Stelle.

arabischen Nachbarstaaten sogleich den Krieg erklärten. Den im Unabhängigkeitskrieg eroberten Westteil der heiligen Stadt Jerusalem ernannte Israel zur Hauptstadt und begann, dort politische und kulturelle Institutionen von nationaler Bedeutung zu errichten. Die Bauten dienten als architektonische Aneignungsstrategie, um die international umstrittene Angliederung West-Jerusalems an Israel festzuschreiben. Insbesondere über herausragende Kultureinrichtungen und Erinnerungsstätten wie das Nationalmuseum (ab 1959), die Nationalbibliothek (1955–61), den nationalen Ehrenfriedhof (ab 1849) und die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem (ab 1953) sollte ein neues Identifikations- und Repräsentationszentrum entstehen, das zugleich als Ersatz fungierte für die auf jordanischem Territorium liegende Altstadt mit dem heiligen Tempelberg.

Die Knesset (1957–66), das israelische Parlament, entstand dabei mit seinem künstlerischen Ausstattungsprogramm aus Verweisen auf die Vergangenheit als «gebauter Dokument» jüdischer Geschichte von der Antike über den Holocaust bis zur Staatsgründung. Die Knesset wurde zum Inbegriff selbstbewusster politischer Selbstdarstellung, die sich aus nationalstaatlicher Perspektive mit der Vergangenheit auseinandersetzt.

Der Normalfall: implementierte Hauptstadtfunktion

Den meisten Hauptstädten blieb aufgrund historisch gewachsener Strukturen nur wenig Raum, um eine eindrucksvolle politische Präsenz städtebaulich umfassend zu inszenieren. Dennoch – beispielsweise in Bern, London oder Budapest – entstanden an prominenten Standorten wie Hanglagen und Uferzonen prachtvolle Bauten parlamentarischer Repräsentation. Im architektonischen Programm wie in bildkünstlerischer und skulpturaler Ausstattung stehen sie dem nationalen Repräsentationsbedürfnis anderer Staaten nicht nach.

Kontakt: Dr. Anna Minta, Institut für Kunstgeschichte, Abteilung Architekturgeschichte und Denkmalpflege, minta@ikg.unibe.ch



Tagung zu Hauptstadt-Ikonografien

Variationen national-historischer, kultureller und politischer Ikonografie von Hauptstädten werden vom 17.–19. Oktober 2012 im Rahmen einer internationalen Tagung im Bundeshaus Bern aufgezeigt und diskutiert. Dies unter dem Titel «Parlamentarische Repräsentationen: Das Bundeshaus in Bern im Kontext internationaler Parlamentsbauten und nationaler Strategien seit 1830». Organisiert wird der öffentliche, unentgeltliche Anlass durch Anna Minta und Bernd Nicolai, Institut für Kunstgeschichte der Universität Bern, und Monica Bilfinger, Bundesamt für Bauten und Logistik.

Weitere Informationen demnächst auf www.ikg.unibe.ch



Die Geheimnisse des Gletscherwassers

Der Gletscher der Plaine Morte wird wegen der Klimaerwärmung verschwinden. Wann fließt dann noch Wasser ins Tal? Und wohin – zu den Walliser Weinbauern oder zu den Touristen im Bernbiet? Um dies herauszufinden, mischen Hydrologen der Universität Bern Markierstoffe ins Schmelzwasser.

Von This Rutishauser

Zum ersten Mal läutet der Wecker um Mitternacht. Dann wieder um 4 Uhr. Und noch einmal um 8 Uhr. Jedes Mal kriecht David Finger in dieser Augustnacht 2011 aus dem Schlafsack. Gleichzeitig mit 30 Kolleginnen und Kollegen, die rund um die Plaine Morte – diesem Hochplateau zwischen Lenk (BE) und Sierre (VS) – stationiert sind. Alle greifen nach einer kleinen Plastikflasche und gehen zu ihrem Bach, um eine weitere Wasserprobe abzufüllen. Seit mehreren Wochen haben die Forschenden Messgeräte installiert: automatische Wasserprobennehmer, Fluorimeter und Wasserstandsmesser. Doch nicht alles geht automatisch. Rund um die Uhr füllen David Finger und sein Team Flasche um Flasche. Denn auf keinen Fall wollen sie den Zeitpunkt verpassen, zu dem der Markierungsstoff erstmals auftritt. Dieser Moment ist ein Schlüssel für die Erkenntnis, wo und wie schnell das Schmelzwasser von der Plaine Morte ins Tal kommt.

Eine der wichtigsten Quellen sind die Siebenbrünnen: Dort sprudelt das Wasser aus der Karstwand, auf welcher der Wildstrubel thront. Gleich nebenan fließt der Trübbach vom Rezilgletscher vorbei. Der Bach fließt aus dem Gletschertor am nördlichen Ende der Plaine Morte.

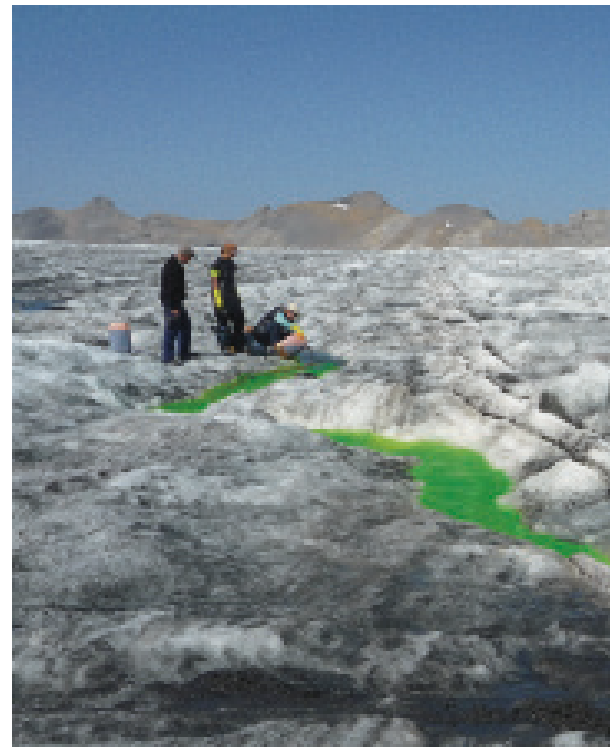
Das Forscherteam aus Berner Hydrologen, Glaziologinnen der Universität Freiburg und den Hydrogeologen des Schweizerischen Instituts für Speläologie und Karstforschung (SISKA) in La Chaux-de-Fonds wollen den Anteil an Gletscherschmelzwasser auf der Berner Seite in der Simmequellen und in den zahlreichen Karstquellen oberhalb von Crans-Montana bestimmen. Das Gletscherwasser wird zusammen mit dem lokalen Niederschlag sowohl auf der Berner wie auf der Walliser Seite im Tourismus und der Landwirtschaft genutzt. Insbesondere wird im Tsezier-Stausee Strom produziert und in der Skiregion Crans-Montana Schnee mit Beschneigungsanlagen für die Winterferiengäste hergestellt.

Das Wasserreservoir verschwindet

Heute besitzt die fast zehn Quadratkilometer grosse Eisebene am Fuss des Wildstrubels ein Volumen von 0,75 Kubikkilometer, die Eisdicke beträgt stellenweise mehr als 200 Meter. «Doch der ganze Gletscher stirbt langsam ab – in knapp hundert Jahren wird er nach den wahrscheinlichsten Klimaszenarien weggeschmolzen sein», so Glaziologe Matthias Huss. Dem flachen Gletscher, der auf einer Höhe von 2500 bis 2800 Metern über Meer liegt, fehle das Nahrungsgebiet. Im Gegensatz dazu können Gletscher in höheren Lagen auch bei wärmerem Klima Eis bilden.

Ist der «Glacier de la Plaine Morte» einmal weg, wird sich die Wasserversorgung über das Jahr verändern, und einzelne Quellen könnten gar versiegen. Bis es soweit ist, werden die Bewohner beidseits des Wildstrubels vorübergehend vom zusätzlichen Wasserangebot des abschmelzenden Gletschers profitieren können. Wer aber profitiert am meisten? Sind es dereinst die Weinbauern im Wallis, die Hotelgäste in Crans-Montana oder die Ferienhausbesitzer auf der Berner Seite des Gletschers? Oder fließt gar mehr Wasser in den Tsezier-Stausee oberhalb von Crans-Montana, so dass zwischenzeitlich mehr Wasser für die Stromproduktion zur Verfügung steht?

Das Feldexperiment am Wildstrubel soll mehr Klarheit schaffen. Es ist Teil des Projekts «Montan Aqua» des Nationalen Forschungsprogramms «Nachhaltige Wassernutzung» (siehe Kasten). Die Hydrologen erwarten auch Antworten auf die Frage, was passiert, wenn sich der Schnee künftig nicht mehr in Gletschereis umwandelt. Das wird Folgen für die Schmelze im Frühling und Sommer haben. Schnee schmilzt auch früher: Der heutige «Wasserspeicher», der Gletscher, wird weg sein und das Schmelzwasser früher im Sommer versiegen. Und schliesslich wird potenziell mehr Wasser durch den Boden ins Karstsystem versickern und sich den Weg zu den Quellen suchen. «Der Karst hat nur ein kurzfristiges Wasser-



speicherpotenzial», erklärt David Finger. Die Wasseradern und Höhlen könnten lediglich zu Verzögerungen im Abfluss führen. «Wenn der Gletscher mal weg ist, wird sich die Abflussdynamik sicherlich verändern. Die Schneeschmelze wird vermutlich vermehrt durch den Karst gehen und die Eisschmelze im Spätsommer wird ausbleiben.»

Strom für die Melkmaschine

Im Morgengrauen hat David Finger bereits eine Reihe Fläschchen fein säuberlich angeschrieben und grüsst auf dem Rückweg Landwirt Hans Allemann, der auf dem Weg in den Stall ist. Für David Finger ist die Nacht vom 22. zum 23. August 2011 der Höhepunkt einer grossen Feldkampagne. Für Bauer Allemann ist es der Alltag auf der Alp Rezilberg. Beide sind gespannt auf die Resultate des Experiments: Hans Allemann will wissen, wie lange seine Quelle noch Wasser führt und sein kleines Wasserkraftwerk



Rascher als erwartet fließt ein Grossteil des Wassers auf die Berner Seite in den Trübbach und weiter in die Simme.



Die Forschenden giessen die Markierstoffe in das Schmelzwasser und sind gespannt, wo es wie schnell wieder auftaucht.

Diese fluoreszierenden Tracer haben sehr ähnliche Eigenschaften wie Wasser, so dass sie sich mit ihm gut vermischen. Sie können auch in sehr geringer Konzentration noch nachgewiesen werden: Ein Korn in einem Schwimmbekken – oder ein Tausendstel Milligramm pro Kubikmeter – reicht. Dazu regen die Forschenden im Labor die Wasserprobe mit Licht im Nanometerbereich an. Enthält eine Wasserprobe den Tracer, reflektiert sie das Licht entsprechend. Dank speziellen Fluoreszenz-Spektrofotometern können die Stoffe entdeckt werden, auch wenn sie längst nicht mehr sichtbar sind.

Um 11.40 Uhr giessen Matthias Huss und seine Helfer auf der Plaine Morte den ersten Kanister mit dem ungiftigen Färbstoff Uranin im östlichsten Teil des Gletschers ins Schmelzwasser. Um 12.45 Uhr schüttet ein anderes Team den zweiten Tracer auf der Südseite des Gletschers ins Schmelzwasser und um 13.30 Uhr wird der letzte ganz im Westen eingesetzt. Die Schmelzwasserfluten mit den Markierungsstoffen verschwinden sofort durch Löcher im Eis. Die Forschenden speisen also in drei verschiedenen Zonen des Gletschers mit vermutlich unterschiedlichen Abflussrichtungen je eine grosse Gletschermühle.

«Wir haben den Zeitpunkt Ende August mit der grössten Schmelze gewählt», sagt Projektleiter Rolf Weingartner. «Als wir unmittelbar nach der Einspeisung der Tracer mit dem Helikopter ins Simmental zurückflogen, waren Trübbach und Simme bereits grün verfärbt», erzählt er. Rolf Weingartner und das Forscherteam waren überrascht, dass die Tracer viel früher und in höherer Konzentration als erwartet abflossen. Wie die ersten Analysen nun zeigen, erreichten die Werte an der Messstation bei Zweisimmen bereits um 18 Uhr die höchsten Konzentrationen. Die Tracer aus allen Gletschermühlen sind nach wenigen Stunden unten im Tal angekommen. Und schon am kommenden Vormittag sind Spuren von allen Markierungsstoffen auch in den Wasserproben bei der Quelle in den Siebenbrünnen gemessen worden.

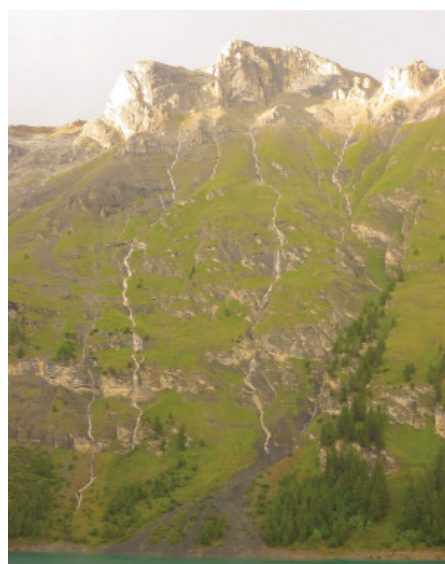
Experiment geht diesen Frühsommer weiter

Erstaunlicherweise ist Wasser aus beinahe dem ganzen Gletschergebiet auf die Berner Seite geflossen. Doch auch die Walliser sind nicht ganz leer ausgegangen: Aus dem Westteil des Gletschers fliesst ein beträchtlicher Anteil des Wassers relativ schnell zur Loquesse-Quelle. Dank dem Experiment

antreibt. Denn er betreibt seine Melkmaschine mit eigenem Strom. Versiegt das Wasser dereinst, steht die Maschine still. Weiss Hans Allemann besser Bescheid, wann wieviel Wasser aus den Quellen der Siebenbrünnen und in den Trübbach fliesst, kann er seine Energieversorgung und die Investitionen in eine neue Anlage genauer berechnen.

Überraschend schnell

Am Mittag des Vortags hatten die Forschenden mit dem Helikopter Markierungsstoffe auf den Gletscher geflogen.



Bloss aus einem Teil des Gletschers fliesst Wasser auf die Walliser Seite.

Effiziente und gerechte Wassernutzung in der Zukunft

Der Markierungsversuch am «Glacier de la Plaine Morte» ist eines von mehreren Experimenten im Rahmen des Projekts «Montan-Aqua» unter der Leitung der Hydrologen der Universität Bern. Es ist gleichzeitig Teil des Nationalen Forschungsprogramms (NFP) 61 «Nachhaltige Wassernutzung». Der Umgang mit Wasser wird auch in der Schweiz ein zentrales Thema des 21. Jahrhunderts sein. Denn Wasser ist nicht nur ein lebenswichtiges Element für Menschen, Tiere und Pflanzen, sondern auch ein Energieträger und Konfliktfaktor. Klimatische und gesellschaftliche Veränderungen werden Auswirkungen auf das Wasserangebot und die Nutzung haben. Das Programm sucht nach den Risiken und Chancen der zukünftigen Wassernutzung und will Strategien für ein integrales Wasserressourcen-Management liefern. Bisherige Resultate zeigen, dass die Probleme zu bewältigen sind, wenn es gelingt, das Wassermanagement auf wasserknappe Zeiten auszurichten und effizient und gerecht unter den verschiedenen Nutzern aufzuteilen. Das NFP 61 verfügt über ein Budget von 12 Millionen Franken für eine Forschungsdauer von vier Jahren bis Ende 2013.

www.nfp61.ch

wissen die Forscher nun genauer, zu welchen Quellen das Höhlen- und Kanalsystem in den Karstfelsen unter dem heutigen Gletscher das Schneeschmelzwasser leitet. Es ist anzunehmen, dass in Zukunft, wenn der Gletscher verschwunden sein wird, einige Quellen auf beiden Seiten des Wildstrubels versiegen werden, andere jedoch weiterhin vom Karst mit Schneeschmelzwasser gespeisen werden.

In diesem Frühsommer wollen die Forschenden das Experiment wiederholen, wenn sich das Abflusssystem im Gletscher nach dem Winter noch nicht vollständig entwickelt hat. So kann mehr Schmelzwasser in den Untergrund versickern. Dann wird sich auch zeigen, ob sich das Abflussverhalten vom vergangen Spätsommer bestätigt. Und David Finger und das ganze Team werden mitten in der Nacht wieder ein paar Mal den Wecker stellen müssen.

Kontakt: Prof. Dr. Rolf Weingartner, Geographisches Institut, Abteilung Physische Geographie, rolf.weingartner@giub.unibe.ch
Dr. David Finger, david.finger@giub.unibe.ch
Autor: Dr. This Rutishauser ist Journalist in Biel, rutishauser@textatelier.ch

Zwischen Kommerz und Lebenshilfe

Kirchentonarten, westliche Melodieinstrumente und orientalische Rhythmen: Eine preisgekrönte Dissertation untersucht die ägyptische Popmusik und kommt zu überraschenden Befunden.

Von Marcus Moser

Für Theodor W. Adorno, Musikphilosoph und Scharfdenker, war die Sache klar: Populäre Musik ist nicht innovativ. Sie gaukelt bloss vor, neu zu sein. Sie ist kein lohnender Gegenstand für wissenschaftliche Bemühungen. Matthias Graf kennt diese alten Einwände und hört das ganz anders. Nach drei Jahren, die er in Kairo verbracht hat, weiss er: «Die Popmusik in Ägypten enthält mehr, als die Klischees ihr zutrauen.»

Seit 1998 hat er immer wieder in Ägypten gelebt, mit Leuten über Musik gesprochen, sich Notizen gemacht und Kassetten gekauft. Um eine Dissertation ging es damals noch nicht. Im Zentrum stand die Perfektionierung seiner Arabischkenntnisse. Aber Graf ist eben auch Musiker, spielt seit seinem siebten Altersjahr Klavier, hinzu kamen Gitarre, Schlagzeug und in den letzten Jahren orientalische Instrumente. «Klänge faszinieren mich seit meiner frühesten Kindheit», erläutert der Berner Forscher. «Der Fokus für meine Dissertation hat sich organisch ergeben: Sprache und Musik.» Entstanden ist eine Arbeit, die Arabistik – die arabische Sprach- und Literaturwissenschaft – mit Musikethnologie verbindet und fächerübergreifend von den Professorinnen Anke von Kügelgen (Islamwissenschaft) und Britta Sweers (Musikwissenschaft) der Universität Bern begutachtet wurde.

Von der Strasse in die Studierstube

Es liegt wohl an den erwähnten akademischen Vorurteilen, dass bislang sehr wenige Arbeiten zur ägyptischen Populärmusik vorliegen. Matthias Graf schliesst diese Lücke: Aus rund 500 Titeln wählte er 260 Stücke der populären Musik Ägyptens (und Libanons – aber dies wird in diesem Artikel nicht besprochen) im Zeitraum von 1975 bis 2009 aus und unterzog sie einer minuziösen, qualitativen und quantitativen Analyse. Ein Aspekt seiner Feldforschung gilt der Sprache. Die Liedtexte werden auf

Themen, den gewählten Stil, die Metaphorik oder den Gebrauch von Sprichworten und Alltagswendungen untersucht. Ein anderer Zugang fokussiert auf die musikalischen Facetten der Popmusik, die Instrumentierung, die Rhythmen und verwendeten Tonarten. Schliesslich beleuchtet Graf die ökonomischen Rahmenbedingungen der Hitproduktion und die Art und Weise, wie die tonangebenden Konzerne Sound und Texte der Musik beeinflussen.

Nur – was ist Popmusik und wie grenzt sie sich von früheren Phasen der ägyptischen Musik ab? Graf entwickelt Kriterien, die er zusammen mit der Reputation der Interpretinnen und Interpreten seiner Liedauswahl zu Grunde legt: Popmusik dient der Unterhaltung und ist nicht an einen Anlass gebunden. Sie hat eine starke rhythmische Prägung, wobei die Repetition, der Wechsel von Refrain und Strophe, ein wichtiges strukturelles Element ist. Es werden «westliche» und «orientalische» Instrumente verwendet und auch synthetisch-elektronische Klänge erzeugt. Schliesslich ist die Popmusik ein kommerzielles Produkt der Musikindustrie mit dem Ziel, höchstmöglichen Absatz zu erzielen und in diesem Sinne ein Massenprodukt.

Liebeslieder und Lebenshilfe

Die Untersuchung von Matthias Graf zeigt nun, dass verschiedene Genres innerhalb des ägyptischen Pops unterschieden werden können: «Shababi» zum Beispiel ist Musik für junge Leute und vor allem an westlichen Einflüssen orientiert. Thematisiert wird die Liebe in all ihren Aspekten – und dies in einer Art von Pop-Poesie oder Liebesromantik, die sich von der Alltagssprache stark unterscheidet. Rund 70 Prozent der untersuchten Lieder des Shababi-Genres drehen um die Liebe.

Im Unterschied dazu thematisieren «Sha'bi»-Lieder vor allem gesellschaftliche Alltagserfahrungen. Diese Musik bean-



Aus 500 Titeln 260 ausgewählt: Ausschnitt aus Grafs Kassettensammlung.

spricht nach Graf, nahe am Leben des einfachen Volkes (Sha'b = das Volk) zu sein. Alltagsorgen, Traditionen, Frauen- und Männerbilder, aber auch Drogenprobleme werden in diesem Genre thematisiert, in rund 70 Prozent der ausgewerteten Stücke. Musikalisch orientiert sich diese Form der Popmusik stärker an Traditionen der ägyptischen Volksmusik. «Insgesamt präsentiert sich die ägyptische Popmusik von ihren Themen her sehr vielschichtig», resümiert Matthias Graf.

Einheitlichkeit prägt dagegen den gesungenen Dialekt. Kairo ist die grösste Stadt der arabischen Welt; in der Metropolitanregion leben mehr als 16 Millionen Menschen. Es erstaunt zunächst nicht, dass sich der Dialekt von Kairo – das Kairinische – dank dem Einfluss der dort verankerten Massenmedien in ganz Ägypten durchgesetzt hat und die Popmusik prägt. Die Dominanz des Kairinischen geht indes soweit, dass sich auch Sängerinnen und Sänger der umliegenden Länder dieses «Prestige-Dialekts» bedienen. Das Hocharabische wird dagegen als Grundlage für die Liedtexte in der Popmusik kaum je verwendet.

Spannungsfeld von Authentizität und Moderne

Wer mit westlichen Ohren zum ersten Mal ägyptische Popmusik hört, erlebt eine «orientalische» Anmutung. Matthias Graf

Matthias Graf hat gut Lachen – seine Dissertation wurde eben mit dem Annemarie-Schimmel-Preis ausgezeichnet.



bestätigt den Eindruck und spricht vom Spannungsfeld von «Authentizität und Moderne», das diese Popmusik ausmache: «Der ägyptische Pop will modern sein, bedient sich aber traditioneller Elemente.» Diese Anmutung hängt stark mit der verwendeten Rhythmik zusammen, die nur selten Zitate aus der westlichen, der karibischen oder auch der lateinamerikanischen Musik einbaut. Im Zentrum stehen ägyptische oder orientalische Rhythmen und Perkussionen, die auch computergeneriert sein können.

Bei der Melodieführung stehen dagegen gerade westliche Instrumente im Vordergrund. Selbstverständlich Synthesizer und Gitarren, aber er habe je nach Genre zum Beispiel auch Geige, Akkordeon, Waldhorn und Fagott ausmachen können, erzählt der Forscher. Und es ist dieses Aufeinandertreffen westlicher Instrumente mit orientalischen Rhythmen, die dem ägyptischen Pop sein eigenständiges Gepräge geben.

Eine der grössten Überraschungen erlebte Matthias Graf dann aber bei der Analyse der Tonarten: Arabische Tonarten (Maqamat) werden nur in einem Fünftel der analysierten Lieder verwendet. Viel häufiger greifen die Komponisten auf «westliche» Tonarten zurück. «Es wird gerne und viel in modalen Skalen komponiert, in Kirchentonarten, wie wir sie von der Gregorianik kennen. Reines Dur oder reines Moll sind selten», erläutert Musiker Graf. Das Ergebnis wird verständlich, wenn man bedenkt, dass zur Melodieführung häufig westliche Instrumente eingesetzt werden: «Arabische Musik baut auf Dreivierteltönen auf, die nur von wenigen westlichen Instrumenten erzeugt werden können», erklärt Graf. «Damit drängt sich das Komponieren in westlichen Tonarten oftmals auf.»

Fremd tönt es für die Ägypterinnen und Ägypter nach Graf dennoch nicht: «Die Kirchentonarten entstammen der Musiktheorie der griechischen Antike und ein Teil

der heutigen arabischen Musiktheorie ist eine Weiterführung davon. Darum gibt es zwischen den Kirchentonarten und den arabischen Tonarten viele Parallelen.»

Kontrollierte Hitproduktion

Popmusik ist auf grosse Verbreitung angelegt. Wie im Westen dominieren auch in der arabischen Welt wenige Konzerne den Markt. Matthias Graf beschreibt in seiner Dissertation vor allem das Wirken der saudischen «Rotana» sowie der ägyptischen «Alam al-Fann». Als Mittel zur Hitproduktion dienen Videos, die über spezialisierte Musikkanäle im Fernsehen die Lieder bekannt machen. Die beiden genannten Konzerne verfügen über eigene Fernsehsender, die dank Satellitenübertragung in der ganzen arabischen Welt und darüber hinaus empfangen werden können.

Im Unterschied zum Westen scheint es im arabischen Pop-Business hingegen kaum Manager oder Agenten zu geben. Die grossen Musikgesellschaften kontrollieren die einzelnen Interpreten direkt. Für neue Popsongs bringen die Verantwortlichen der Konzerne geeignete Texter mit Komponisten zusammen. «Am Schluss singt dann einer. Das ist der Interpret, also der Star», erläutert Graf. Eine massgebliche Rolle spielt bei der Hitproduktion indes das Arrangement. Der Arrangeur zeichnet im Tonstudio die einzelnen Klangspuren auf und mischt Computerklänge und Spezialeffekte hinzu. Es sind die Arrangeure, die den Sound der heutigen Popmusik prägen. «Sie machen den Hit – und sind besser bezahlt als die Stars», so Graf.

Neue Musik und neues Trägermedium

Die Entstehung der ägyptischen Popmusik wird von Matthias Graf auf die Mitte der 1970er-Jahre datiert. Es ist spannend, dass die Einführung des neuen Musikstils zu jener Zeit mit der Einführung einer neuen

Verbreitungstechnik zusammenfiel: der Musikkassette. «Die Kassette setzte sich in den 70er Jahren gegen die Schallplatte durch», erklärt Graf «und sie blieb das Hauptmedium zur Verbreitung der Popmusik». Offenbar bis heute, da CDs für viele Ägypterinnen und Ägypter zu teuer sind. Hinzu kommen laut Graf weitere Vorteile: «Die Kassette ist widerstandsfähig, günstig und kann mit geringem Aufwand reproduziert werden.»

Die ägyptische Popmusik hat eine erkennbare, eigene Ausprägung. Und bleibt doch Pop: «Seit der Jahrhundertwende und mit dem Aufkommen der Musikvideos hat es eine Vervielfachung von Stars und Starlets gegeben», beschreibt Graf die Entwicklung. «Es dreht sich alles rascher und die Leute gehen schneller auch wieder vergessen.» Matthias Graf sagt und schiebt die nächste Kassette in den Rekorder.

Auszeichnung: Annemarie-Schimmel-Preis 2012 für herausragende Arbeiten junger Wissenschaftler. Verliehen durch die Gesellschaft der Freunde islamischer Kunst und Kultur, München.

Buch: Graf, Matthias: Mazzikā. Eine arabisch-ethnomusikologische Exkursion in die Text- und Klangwelten der ägyptischen und libanesischen Popmusik von ihren Anfängen bis heute. Ergon Verlag Würzburg, April 2012.

Kontakt: Dr. Matthias Graf, Institut für Islamwissenschaft und Neuere Orientalische Philologie, matthias.graf@islam.unibe.ch

Wenn der Schlaf ganz plötzlich kommt

Wer am Steuer in Sekundenschlaf fällt, handelt unverantwortlich – weil er Warnsignale wie Doppelsehen nicht ernst nimmt. Denn Schlaf, so die gängige Vorstellung der Wissenschaft, kündigt sich einem an. Nun rütteln Schlafforscher der Universität Bern an diesem Dogma.

Von Ruth Jahn

Schläft ein Autofahrer am Steuer ein, bietet sich der Polizei vor Ort meist dasselbe Bild: Ein Selbstunfall bei guten Strassen- und Sichtverhältnissen, bei dem das Fahrzeug von der Strasse abkommt oder frontal mit einem entgegenkommenden kollidiert, die Bremsspur aber fehlt. Unfälle wegen kurzzeitigem Einnicken enden häufig tödlich, weil der Fahrer einige Sekunden ohne Kontrolle, aber mit unvermindertem Tempo weiterfährt. Typisch am Mikroschlaf-Crash ist zudem, dass das Unfallfahrzeug die Fahrbahn nicht abrupt verlässt: Meist braucht es mehr als sechs Sekunden bis aufs Trottoir, in die Leitplanke, in den Baum oder auf die Gegenfahrbahn.

Durch den schwellenden Airbag und den Krach des Aufpralls geweckt, verlässt die typische «Sekundenschläferin» ihr Fahrzeug dann meist postwendend – sofern sie überlebt. Anders als Menschen, die während dem Fahren etwa einen Herzinfarkt oder einen epileptischen Anfall erlitten haben. Und Polizisten, die diese Verunfallten interviewen, hören nun meist von einem plötzlichen Blackout, den sich die Befragten nicht erklären können. Was kaum ein Lenker, der eingeschlafen ist, wahrgenommen haben will, sind Zeichen der Schläfrigkeit.

«Sei es, weil die Betroffenen aus Scham oder Angst vor einem Fahrausweisentzug solche nicht zugeben. Oder weil sie sich tatsächlich nicht mehr daran erinnern», sagt Johannes Mathis, Neurologe und Leiter des Zentrums für Schlafmedizin am Inselspital Bern.

So gefährlich wie Alkohol am Steuer

In der offiziellen Statistik der Verkehrspolizei tauche Mikroschlaf, der übrigens auch mit offenen Augen stattfinden kann, deshalb nur unter ferner liefen auf, erläutert Mathis. Gerade mal 2 bis 4 Prozent aller Unfälle auf Schweizer Strassen führt man in diesen Datensätzen auf Schläfrigkeit am Lenkrad

zurück. «In Wahrheit dürften es weit mehr sein», sagt Johannes Mathis. «Anders als die von der Verkehrspolizei erhobenen Daten, zeigen wissenschaftliche Studien, dass sich der Anteil der schlafbedingten Verkehrsunfälle zwischen 10 und 20 Prozent bewegt», so der Berner Schlafforscher weiter.

Somit sind Sekundenschlaf-Unfälle ähnlich häufig wie solche, die durch Alkohol am Steuer verursacht werden.

Auch ein Blick auf die Tageszeiten – eine besonders hohe Unfallwahrscheinlichkeit besteht in der Nacht zwischen 2 und 6 Uhr und am Nachmittag von 14 bis 16 Uhr – lässt vermuten, dass Schläfrigkeit bei vielen Unfällen zumindest mit im Spiel ist. «In diesen circadianen Senken ist bei den meisten Menschen die Reaktionsfähigkeit stark vermindert. Und ein angesammeltes Schlafmanko wirkt sich dann besonders stark aus», erläutert der Neurologe Johannes Mathis.

Viele schlafen chronisch zu wenig

Dass eine durchwachte Nacht die Leistungsfähigkeit so stark einschränkt wie 0,8 Promille Alkohol im Blut, ist allgemein bekannt. Dass aber ab sieben Nächten mit nur je vier Stunden Schlaf (also bei teilweisem Schlafentzug) der gleiche Leistungsabfall auftritt, ist weit weniger bekannt. «Das Gros der Erwachsenen benötigt sieben oder acht Stunden Schlaf, nicht alle schlafen tatsächlich so viel», weiss der Schlafforscher.

Wer am Steuer döst, hat einen selbstgewählten, akuten oder chronischen Schlafentzug hinter sich. Besonders gefährdet sind zudem Schichtarbeitende, Berufsschauffeure sowie Alkohol- oder Drogenkonsumierende. Auch diverse Medikamente sowie Schlaf- oder Wachkrankheiten können schuld sein. Etwa die relativ häufig vorkommende Schlafapnoe bei krankhaftem Schnarchen. Bei den Betroffenen setzt die Atmung in der

Nacht etliche Male unbemerkt aus, was jeweils kurzzeitig zu einem Sauerstoffmangel im Gehirn und auf Dauer zu einer schweren Schläfrigkeit tagsüber führen kann. Ohne adäquate Therapie haben sie am Steuer ein zehnfach erhöhtes Unfallrisiko.

Die internationale Expertinnengemeinde von Schlafforschern und Rechtsmedizinern geht heute davon aus, dass übermüdete Lenker, die in Sekundenschlaf fallen, vorher Zeichen der Schläfrigkeit wahrnehmen. Solche Vorboten sind etwa: Müdigkeit und Konzentrationsstörungen, schwer werdende Augenlider, verschwommenes Sehen oder Doppelbilder. Aber auch Gähnen, Tagträumen, ein trockener Mund und Frösteln sowie ein weniger vorausschauender Fahrstil gehören dazu.

Ein Einschlafen ohne solche Vorzeichen halten die meisten Forschenden, die sich mit Mikroschlaf beschäftigen, zumindest bei Gesunden praktisch für ausgeschlossen. Kurz eingenickte Verunfallte könnten sich lediglich nicht mehr an die Zeichen der Schläfrigkeit vor dem Wegdämmern erinnern, so die vorherrschende Meinung. Fahrzeuglenkerinnen nahmen ihre Müdigkeitssymptome wahr, aber fatalerweise nicht ernst genug. Besonders, wenn sie bereits kurze Wegdös-Episoden erlitten hätten ohne dabei einen Unfall zu verursachen.

Vor dem Einschlafen bitte Knopf drücken

Verschiedene wissenschaftliche Studien in Fahr simulatoren haben schliesslich gezeigt, dass Testpersonen, die einschlafen und aus der (virtuellen) Fahrbahn fahren, ihre Schläfrigkeit sehr wohl wahrgenommen haben – aber einfach die Folgen unterschätzten. Doch andere Untersuchungen haben nur einen schwachen Zusammenhang zwischen subjektiv gefühlter Schläfrigkeit und tatsächlichem Mikroschlaf gezeigt.

Schlafforscher Johannes Mathis vor dem Selbstversuch: Wird es ihm gelingen, auf den Knopf zu drücken, bevor die Elektroden am Kopf sein Einschlafen registrieren?



Die Versuche im Schlaflabor werden auf Video aufgezeichnet und später wissenschaftlich ausgewertet.

Sekundenschlaf-Prävention – die Tipps

- Setzen Sie sich nur ans Steuer, wenn Sie ausgeschlafen sind.
- Lassen Sie sich bei auffälliger Tagesmüdigkeit medizinisch untersuchen.
- Legen Sie auf langen Fahrten mindestens alle zwei Stunden eine Pause von einer Viertelstunde oder mehr ein. Bei Fahrten in der Nacht jede Stunde.

Nutzen Sie diese Pausen für ein Nickerchen im Auto von zehn bis maximal dreissig Minuten. Auch eine Koffeindosis von mehr als 200 mg Koffein hilft gegen Müdigkeit (das entspricht drei Espressi oder zwei Tassen Kaffee). Die beste Wirkung hat das Schläfchen nachdem Sie einen starken Kaffee getrunken haben. Weil die Koffeinwirkung nach ca. 15 Minuten einsetzt, können Sie somit die Wirkung beider Massnahmen kombinieren.

Die Alternative: Sich abholen lassen oder den öffentlichen Verkehr benutzen. Alle anderen Massnahmen, um sich wach zu halten wie laute Musik, ein geöffnetes Fenster, Gespräche und ähnliches wirken gar nicht oder nur für wenige Minuten! Ein Irrglaube ist auch, dass ein «Adrenalinstoss» bei einem glimpflich abgelaufenen Einschlafen vor dem erneuten Einschlafen schützt: Anschliessend ist das Risiko eines Unfalls sogar besonders hoch.

«Dem wollten wir in einer eigenen Studie nachgehen», sagt der Schlafforscher Johannes Mathis: «In den bisherigen Untersuchungen wurden die Testpersonen in der Regel vor, während und nach dem Fahren zu ihrer Müdigkeit befragt. Das macht den Probanden möglicherweise ihre Müdigkeit bewusster.» Die Ergebnisse liessen sich deshalb nur bedingt auf den Alltag übertragen, findet der Schlafforscher: «Auf der Strasse interagiert der Fahrer nicht mit anderen sondern ist allein auf seine Selbstwahrnehmung angewiesen.»

Deshalb hat Johannes Mathis zusammen mit seinem Kollegen Uli Herrmann und weiteren Forschenden junge Männer und Frauen, die eine Nacht gearbeitet oder gelesen statt geschlafen hatten, einen so genannten multiplen Wachhaltetest absolvieren lassen. Die übermüdeten Probandinnen sassen hierzu mehrmals hintereinander während 40 Minuten im Halbdunkel und hatten die Aufgabe, möglichst nicht einzuschlafen. Zudem sollten sie, sobald sie erste Anzeichen von Schläfrigkeit bemerkten, auf einen Knopf drücken. Das Ergebnis: Oft wurde der Knopf erst einige Sekunden nach dem ersten Mikroschlaf gedrückt. Über ein Drittel der Teilnehmer schlief ein, ohne vorher den Knopf gedrückt zu haben. Dies obwohl sie – gemäss Videoaufzeichnungen – offensichtliche Zeichen von Müdigkeit zeigten, wie etwa Gähnen oder zufallende Augenlider. «Es war verblüffend: Auch in Selbstversuchen haben meine Kolleginnen und Kollegen und ich teilweise selbst erlebt, dass wir es verpassten, den Knopf vor dem Einschlafen zu drücken», erzählt Johannes Mathis.

Schlaf ohne vorangehende Schläfrigkeit

In einer zweiten Versuchsreihe boten Mathis und seine Kollegen den Testpersonen Geld an, wenn sie den Knopf im richtigen

Moment drückten. Denn in der Realität «motiviert» Fahrzeuglenkerinnen schliesslich das Risiko, einen Unfall zu haben dazu, verantwortlich zu handeln – als eine Art drohende Bestrafung, so dachten die Forscher. Aber auch mit der in Aussicht gestellten Belohnung blieb der Knopf im Versuch oft unberührt.

«Doch der Wachhaltetest entspricht eben auch nicht ganz der realen Situation am Steuer», weiss Mathis. Auf dem Asphalt des echten Lebens gibt es quasi ein permanentes Feedback zur eigenen Fahrleistung, etwa durch den Abstand zur Seiten- oder Mittellinie. Was mithilft, sich seiner eingeschränkten Leistung bewusst zu werden.

Die Studie der Berner Forschenden widerlegt die verallgemeinerte Vorstellung, dass man nicht einschlafen kann, ohne vorher seine Schläfrigkeit bemerkt zu haben. «Wir selber hoffen aber sozusagen, dass unsere Resultate und solche von weiteren Untersuchungen, die wir derzeit noch auswerten, nicht die reale Strassensituation widerspiegeln», sagt Johannes Mathis. Denn wenn es tatsächlich möglich wäre, dass gesunde Personen auch am Steuer quasi ohne Vorwarnung einschlafen, müsste die Beurteilung der Fahreignung gänzlich überdacht und umgestaltet werden, so betont Johannes Mathis: «Der simple Rat von Polizeiorganen oder des beurteilenden Arztes, dass man kein Motorfahrzeug lenken solle, wenn man sich schläfrig fühlt, würde dann nämlich keinen Sinn mehr machen.»

Kontakt: Prof. Dr. Johannes Mathis, Universitätsklinik für Neurologie, Inselspital Bern, johannes.mathis@insel.ch

Autorin: Ruth Jahn ist freie Wissenschaftsjournalistin in Bern, ruth.jahn@gmx.ch

Die Psychologie des Motorrads

Motorradfahren ist gefährlich. Aber immer mehr Menschen in der Schweiz tun es. Dafür gibt es viele Gründe. Hansjörg Znoj hat die Wechselwirkungen von Mensch und Maschine aus psychologischer Sicht untersucht.

Von Marcus Moser

Professor Hansjörg Znoj, die Motorradverkäufe stiegen 2011 in der Schweiz über 16 Prozent an. Worauf führen Sie das zurück?

Es scheint tatsächlich einen Widerspruch zu geben zwischen dem gesellschaftlichen Anspruch, modern, sicher und dazu umweltfreundlich mobil zu sein und der wachsenden Beliebtheit eines Verkehrsmittels, das den Ruf hat, gefährlich und laut zu sein und dazu wenig umweltfreundlich ist. Hier setzt meine Fragestellung ein: Wie ist es psychologisch zu erklären, dass das Motorrad für viele so attraktiv ist, dass sie mehr oder weniger bewusst höhere Risiken eingehen? Welche Art von Lustgewinn wird hier generiert?

Und – welche?

Es gibt viele Faktoren zu berücksichtigen; einer der wichtigsten scheint mir zu sein, dass das Motorrad wie kaum ein anderes Fahrzeug dem Steuernden das Gefühl der Kontrolle über den Fahrzustand vermittelt und zugleich einen direkten Zugang zum gefühlten Unterwegssein erlaubt.

Kontrolle setzt Beherrschung voraus. Vor einer Kurve muss ich bremsen, zurückschalten, mein Gewicht verlagern, den Radius anpeilen, die richtige Blickhaltung einnehmen. Das ist anspruchsvoll und tönt insgesamt nicht nach Erholung ... Stimmt, Motorradfahren ist anspruchsvoll, es fordert höchste Konzentration und einen automatisierten, das heisst gut gelernten Bewegungsablauf, der zuerst erworben werden will. Komplexe Bewegungsabläufe sind aber äusserst befriedigend, wenn sie beherrscht

werden. Das sehen wir beispielsweise beim Skifahren, beim Tanzen oder auch beim Beherrschen eines Musikinstruments. Die Konzentration, die bei einer solchen Tätigkeit entsteht, kann befreiend, ja entgrenzend wirken, wie es der Psychologe Csikszentmihaly im Begriff «Flow» zusammenfasst. In diesem Zustand verschmilzt der Akteur mit der Tätigkeit. Das geschieht nur, wenn die Tätigkeit selbst anspruchsvoll ist. Das Motorradfahren ist sehr geeignet, einen solchen Flow zu ermöglichen; dann wachsen Fahrer und Maschine sozusagen zusammen, werden eine Einheit.

Das wäre dann die Mensch-Maschine oder der Maschinen-Mensch. Sie sprechen in Ihrem Buch von einer Art neuronalen Vernetzung von Mensch und Motorrad.

Ja. Die Oberfläche unseres Körpers ist neuronal repräsentiert, sie ist sozusagen im Kopf noch einmal abgebildet und mit unserem zentralen Nervensystem verknüpft. Sensorische und motorische Verbindungen erlauben es, den Körper nach unseren Bedürfnissen auszurichten und zu handeln. Diese Verbindungen können darüber hinaus Werkzeuge und andere Objekte in das Körperschema einbeziehen. Das Motorrad ist vielfältig mit unserem Körper verbunden und wird über Hände, Füsse, Arme, Beine und Gesäss gesteuert. Diese vielfältigen Kontakte erlauben eine neuronale «Verschmelzung» mit dem Werkzeug Motorrad, vorausgesetzt, diese Kontakte werden zur aktiven Steuerung eingesetzt.

Und dadurch wird das Motorrad vom Transportmittel zum erweiterten Selbst ...

«Das Motorrad vermittelt wie kaum ein anderes Fahrzeug einen direkten Zugang zum gefühlten Unterwegssein.»

Hansjörg Znoj



Von aussen betrachtet gibt es eine ähnliche Verknüpfung. Hier werden bestimmte Eigenschaften des Motorrads wie laut, schnell, ölig und daher schmutzig auf den Fahrer übertragen. Die Psychologie spricht von einem «Halo-Effekt», wenn bestimmte auffällige Eigenschaften einer Person auf den Charakter einer Person übertragen werden. Mitunter reicht die Feststellung, dass jemand Motorrad fährt, dass damit ein ganzes Bündel von Vorurteilen assoziiert wird.

Das würde das teilweise schlechte Fremdbild erklären. Nun ist die Erweiterung menschlicher Fähigkeiten respektive seiner Leistungsfähigkeit ein sehr aktuelles Thema – denken wir nur an Doping.

Motorradfahren ist Doping, klar. Nur verstehen wir unter Doping die Einnahme bestimmter Substanzen und nicht so sehr Maschinen, welche uns «dopen», also zur Leistungssteigerung befähigen. Fahr- oder Flugmaschinen sind aber nichts anderes als Werkzeuge zur Verstärkung der körpereigenen Mobilität. Wenn wir diese Werkzeuge beherrschen, so führt das zu einem Gefühl der Kompetenzsteigerung. Motorradfahrer nehmen als Droge statt Kokain das Motorrad. Das hat den Vorteil, dass die dazu notwendigen Kompetenzen auch wirklich gesteigert werden, da ja neues Verhalten gelernt werden muss. Früher hat man zur Steigerung der Mobilität Tiere dressiert und geritten. Motorradfahren kommt dieser Art von Fortbewegung ziemlich nahe. Vom Mythos des «Ritters» profitiert auch der Fahrer eines hochgerüsteten Motorrads.

Zurück zum Flow. Wie hängen dieses Erleben, das Motorrad und komplexe Lernvorgänge zusammen?

Komplexe Handlungen zu lernen ist in sich selbst schon befriedigend, solange wir dabei Erfolgserlebnisse haben. Der Flow kann sich dann einstellen, wenn alles «passt», wenn die Bewegungsabläufe das tun, was sie tun sollen. Das Motorrad dient hier als Tätigkeitsfeld, das wiederum die Fähigkeiten des Menschen hinsichtlich der Mobilität entscheidend erweitert. Das Beherrschen der Maschine ist die Voraussetzung dafür, aber das reicht längst noch nicht; schliesslich müssen auch die Strassenverhältnisse, der Verkehr und so weiter berücksichtigt werden. Das alles führt zu einem immensen Zuwachs an gefühlter Kontrolle, einem Zuwachs an Selbstbestimmung, zumindest in dieser «abgeschlossenen» Welt.

Wir leben in einer zunehmend entkörperlichten, digitalen Welt mit häufig formalisierten Arbeitsabläufen. Ist es zu spekulativ, die Faszination am Motorradfahren heute als körperlichen, analogen Gegenentwurf in der Freizeit zu deuten? Überhaupt nicht. Ich sehe solche Fluchten in vielen Gebieten, ich denke zum Beispiel an die neu erwachte Liebe zur Natur, den Wanderboom oder die unzähligen Dokumentarfilme im Fernsehen. Natur zieht uns an und führt auch zu Aktivität, zu Bewegung. Das Motorradfahren ist ein Versuch, die Fortschritte der Zivilisation körperlich nahe zu erleben und sich gleichzeitig einen Teil der Wildnis zurück zu erobern.

«Motorradfahrer nehmen als Droge statt Kokain das Motorrad.»

Hansjörg Znoj

Wildnis?

Wildnis im übertragenen Sinn: In der Wildnis lauern Gefahren, ich muss mich in der Wildnis gekonnt und geschickt bewegen. Die Wildnis ist verlockend, weil man Dinge entdecken kann. Sie ist bedrohlich, weil man sein Leben verlieren kann. Zusätzlich erlaubt Motorradfahren die Flucht vor Normen und Pflichten.

Die temporäre Flucht aus einem überformalisierten Alltag ist normal geworden. Dazu passt, dass vis-à-vis des Bundeshauses und neben einer Bank eine Motorradboutique steht. Noch vor 30 Jahren wäre das undenkbar gewesen.

Sogar vor 20 Jahren noch. Die öffentliche Wahrnehmung hat sich tatsächlich geändert. Das Bild von Motorradfahrerinnen und Motorradfahrern in der Öffentlichkeit hat sich vom «Outlaw» zum gern gesehenen Konsumenten von Motorradartikeln gewandelt. Der Normdruck hat in allen Berufsfeldern zugenommen. Das Motiv des «Aussteigens» ist geblieben, aber es hat einen gesellschaftlichen akzeptierten Weg genommen.

Zur Imageveränderung passt, dass immer mehr Frauen Motorrad fahren. Gibt es Charaktertypen, die besonders angesprochen werden?

Wenn man Motorradfahrer und Motorradfahrerinnen nach ihren Vorlieben für die Freizeitgestaltung fragt, so fällt auf, dass sie als Motiv oft «Abwechslung», «Spannung erleben» oder ähnliches angeben. Das ist ein Wesenszug, den sie mit anderen sogenannten «Risikosportlerinnen» teilen.

Die Wissenschaft bezeichnet diesen Hang als «Sensation-Seeking». Personen, die hohe Werte in dieser Eigenschaft angeben, werden in der Literatur als gefährdet betrachtet, weil sie sich gewollt bestimmten Risiken aussetzen, um Spannung und damit Lust zu erleben. Das bedeutet aber nicht, dass Personen mit hohen Werten in Sensation-Seeking auch tatsächlich mehr Unfälle erleiden. Bei Skifahrerinnen und Skifahrern hat man sogar das Gegenteil gefunden, «Sensation-Seeker» erleiden gemäss dieser Untersuchung weniger Beinbrüche als solche, die das Risiko weniger bewusst suchen.

Das hat wohl mit Routine zu tun. Nun werden auch Motorräder zunehmend mit Unterstützungssystemen ausgerüstet. ABS, Traktionskontrolle, Schaltautomaten und elektrisch verstellbare Fahrwerke werden angeboten. Was sind die Folgen? Aktuelle Motorräder sind auf einem technischen Stand der Rennmaschinen vor 20 Jahren! Die Fahrwerke, Motoren und auch die Bremskräfte übersteigen die Umsetzungsfähigkeiten der allermeisten Motorradfahrer bei Weitem. Diese Kräfte kommen normalerweise auf der Strasse gar nicht zum Einsatz; wenn es dann doch mal zu einer Schreckbremsung kommt, dann wird oftmals «überbremst» und es kommt zu einem Unfall. Ein ABS-Bremsystem kontrolliert eine solche Bremsung und verhindert ein Blockieren des Rads. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch für die Abgabe der Motorenleistung. Damit wird die Kontrolle – mindestens der extremen Fahrzustände – aber an die Maschine zurückgegeben, im Extremfall wird der

«Motorradfahren ist ein Versuch, die Fortschritte der Zivilisation körperlich nahe zu erleben und sich gleichzeitig einen Teil der Wildnis zurück zu erobern.»

Hansjörg Znoj



Mensch entmündigt. Das ist eine Entwicklung, die man aus Sicherheitsüberlegungen begrüssen muss, die aber psychologisch eher dazu führt, dass das Gefühl der Kontrolle über die Maschine verloren geht und der Gewinn des Motorradfahrens sich paradoxerweise schmälert.

Andererseits gibt es einen Trend zu leichteren und einfacheren Maschinen im Stil vergangener Jahre. Die Suche nach der guten alten Zeit? Nicht nur. Sicher spielt die Nostalgie nach der guten alten Zeit eine Rolle, vor allem, wenn berücksichtigt wird, dass der Durchschnittsmotorradfahrer älter als 50 Jahre alt ist. Da wecken alte Bikes eben auch Erinnerungen an die «goldene» Jugend. Aber die technische Entwicklung mit immer schnelleren, optimaleren, verkleideten Fahrzeugen entspricht nicht notwendigerweise dem Bedürfnis nach gefühlter Bewegung. Motorräder im Stil der 1960er Jahre und mit der technischen Perfektion heutiger Technologien füllen offensichtlich ein Lücke im Angebot.

Die ersten Elektro-Motorräder sind auf dem Markt. Leistung, Reichweite und Aussehen gleichen sich den Benzinvarianten an. Was verändert sich dadurch?

Ein Teil der Faszination von Motorrädern liegt im Einblick in eine verstehbare Technik. Man sieht Zahnräder, die Antriebskette zum Hinterrad und die Schrauben, welche die Teile zusammenhalten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Funktionsteilen erlauben einen Einblick in die Logik der Maschine; früher konnte man sogar einen Motor

selbst reparieren oder in seiner Leistung steigern. Die heutige Elektronik übernimmt bereits einen grossen Teil der Steuerung – man spricht von «Motormanagement» –, die Technik wird zunehmend verschlossener. Wenn der Verbrennungsmotor durch einen elektrischen Antrieb ersetzt wird, ist dies nur konsequent.

Werden Sie Ihr Buch in 15 Jahren als Folge neu schreiben müssen?

Was bleiben wird, ist die Faszination der Fortbewegung, die Dynamik und letztlich auch das geforderte fahrerische Können, ein Motorrad an die Grenzen des physikalisch Möglichen zu bewegen. Die Psychologie des Motorradfahrens wird sich vermutlich nur wenig ändern; ändern werden sich die Motive, sich überhaupt mit so einem Fahrzeug zu beschäftigen.

Buch: Znoj, Hansjörg. Die Psychologie des Motorrads. Verlag Hans Huber, Bern, 2011.

Kontakt: Prof. Dr. Hansjörg Znoj, Institut für Psychologie, Abteilung Klinische Psychologie und Psychotherapie, hansjoerg.znoj@psy.unibe.ch

UniPress als Podcast

Sie können dieses Gespräch auch hören. Den Podcast finden Sie auf www.unipress.unibe.ch unter «Download».

«Als Pionierin habe ich mich nie gefühlt»



«Ruhestand, nein danke!» lautet das Motto der 76-jährigen Ruth Meyer Schweizer: Weil die Präsidentin der Senioren-Universität und emeritierte Soziologieprofessorin überzeugt ist, dass die Gesellschaft die «jungen Alten» braucht. Und weil sie weiss, was gut für sie ist, seit sie als junge Frau eine abenteuerliche Unikarriere einschlug.

Von Timm Eugster

Der Satz mag einstudiert sein. Doch wenn Ruth Meyer Schweizer ihn ausspricht, klingt er so wahrhaftig, dass es einen berührt: «Die Leitung der Senioren-Universität ist die schönste Freiwilligenarbeit, die jemand wie ich machen kann. Ich bin dankbar für dieses Geschenk.» Dann bricht sie das Pathos mit einem kurzen Lacher, um sogleich mit fester Stimme zu bekräftigen: «Ich kann es wirklich nicht anders sagen.»

Doch worin besteht es, das Geschenk? Ist es das Privileg, die von ihr organisierten Vorträge einzuführen und die Diskussion zu moderieren – also noch immer vorne im Hörsaal zu stehen? «Nein! Nein, nein, nein ...», widerspricht Madame Senioren-Universität vehement. Dann erklärt sie ruhig: «Es stimmt schon, dass mir die Emeritierung ungeheuer schwer gefallen ist.» Aber nicht wegen der Auftritte im Hörsaal – die machten Freude, doch darauf könne sie verzichten: «Was ich wirklich vermisse, ist der Kontakt mit den Studierenden.»

Ihr Leben lang hat Ruth Meyer Schweizer an Universitäten gelehrt und geforscht: Mit frühen 25 Jahren machte sie das Doktorat in Zürich, die turbulenten 60er-Jahre verbrachte sie mit Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in Frankfurt, mit späten 58 Jahren verlieh ihr die Universität Bern den Professorinnentitel. Nach der Emeritierung 2001 hängte sie zehn Jahre als Dozentin für Alterssoziologie an der Berner Fachhochschule für Soziale Arbeit an. Jetzt sind die Mitglieder der Senioren-Universität ihre «Studierenden»: Interessierte ab 60 Jahren, die im Semester ein- bis zweimal pro Woche für einen Vortrag zusammenkommen. Das empfindet die Präsidentin als «Geschenk» an ihrem Ehrenamt: Die Gelegenheit, sich in neue Themen aus dem Spektrum einer Volluniversität einzuarbeiten, um daraus ein spannendes Programm zusammenzustellen. Und zu erleben, wie «interessiert, aufmerksam und dankbar das Publikum ist». «Schon wieder dankbar!», unterbricht sich Ruth Meyer Schweizer kopfschüttelnd, als sie erneut einen Satz über sich mit diesem netten Wörtchen einleiten will. Weiss sie

doch ganz genau, dass Frauen ihrer Generation oft lieber anderen danken, als dass sie eigene Verdienste hervorstreichen. Und weiss sie doch ganz genau, wie ambivalent Dankbarkeit in Bezug auf das Leben nach der Pensionierung ist: Viele sind alles andere als dankbar, dass man sie im besten Alter aus einem erfüllenden Berufsleben gerissen hat. «Ruhestand, nein danke!», pflegt Meyer Schweizer die Publizistin Klara Obermüller zu zitieren. Die «bürokratischen Regeln», nach denen spätestens mit 65 Jahren über einen «verfügt» wird, indem man ungefragt in Pension geschickt wird, sind ihr als überzeugter Liberalen zuwider. Dass die Universitäten die Ressourcen der Emeritierten nicht besser nutzen und stattdessen die Assistierenden mit Betreuungsaufgaben bis an die Grenzen belasten, «das werde ich nie verstehen», sagt Ruth Meyer Schweizer.

Doch die Dame aus gutbürgerlichem Haus ist keine Kämpferin, die resolut das Recht auf Arbeit im Alter einfordert. Sie, die einst für die damals gemässigte Berner SVP im Stadtrat politisiert hat, spricht lieber von «Eigeninitiative» und der «Verantwortung der heutigen Generation der jungen Alten»: «Wir müssen als Vorbilder vorangehen und zeigen, dass ältere Menschen noch in der Lage sind, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten.» Begeistert erzählt sie von den vielfältigen Möglichkeiten, sich durch Freiwilligenarbeit einzubringen. Meyer Schweizer lebt ihr Leben, wie es ihr gut tut – und verändert dadurch indirekt die Welt. Das passt zu dieser pragmatischen Frau, die es weit gebracht hat, indem sie jede Chance am Schopf packte, ohne die Verhältnisse revolutionieren zu wollen.

Dass die «jungen Alten» künftig eine grössere Rolle spielen werden, ist für die Soziologin klar: Die Gesellschaft sei auf diesen wachsenden Bevölkerungsteil angewiesen, zu dem bald jeder fünfte in der Schweiz zählen wird. Und diese Pensionierten wollten integriert und aktiv bleiben. Hier kommt die Senioren-Universität ins Spiel: Dank Bildung bleibe man à jour und werde in einer sich rasch wandelnden Welt nicht abgehängt, meint die Präsidentin.



Umso mehr ärgert sie sich über den Entwurf für ein Weiterbildungsgesetz, in dem die Senioren-Universitäten nicht einmal erwähnt werden: «Offenbar hört das lebenslange Lernen mit 65 auf», kommentiert sie sarkastisch.

Erstaunt ist die Expertin für Wertewandel aber nicht: «Abwertende und veraltete Bilder über das Alter ändern sich nur langsam.» Zelebriert werde ein abstraktes Jungsein, damit man ja nie «alt aussehe», während man über die realen Jungen schimpfe. Fatal sei, dass viele Alte dieses Bild verinnerlichten: «Sie treiben übertrieben Sport und lassen sich Botox spritzen, damit man sie nicht für unproduktiv und unattraktiv hält.» Als Frau sei es besonders schwierig, sich diesem Druck zu entziehen, sagt Ruth Meyer Schweizer: «Es hilft, dies als Soziologin zu reflektieren.»

Die 76 Jahre sieht man ihr an. Gleichzeitig strahlt Ruth Meyer Schweizer die Gelassenheit und den Witz einer Frau aus, die immer gut damit gefahren ist, sich nicht auf ein Ziel zu versteifen. Sie hat sich als eine von wenigen Frauen ihrer Generation in der Universitätshierarchie durchgesetzt – ohne sich als Pionierin zu fühlen. Sie ist ohne Karriereplanung Professorin geworden und war daneben von der Eidgenössischen Jugendkommission bis zum Major im Armeestab so vielseitig aktiv, dass sie keinen verpassten Chancen nachtrauern muss.

Dass hingegen ein Leben nach gesellschaftlichen Konventionen nicht glücklich macht, hat sie schon als kleines Mädchen gespürt. Die Mutter war literaturbegeistert und vielseitig interessiert – Hausfrau und Mutter war sie, weil eine bürgerliche Frau in dieser Rolle aufzugehen hatte. Die Tochter, fand die Mutter, sollte es genauso halten. «Doch geprägt hat mich der Vater», so Meyer Schweizer. Der Versicherungsdirektor diskutierte mit der Tochter die grosse Politik. Er fand es eine gute Idee, dass sie aufs Gymnasium wollte. Sogar dass sie trotz Warnung des Berufsberaters alte und altvorderorientalische Sprachen studierte. Und dass sie dann keine Lust hatte, Lateinlehrerin zu bleiben und in die Soziologie wechselte.

«Mit Handkuss» habe sie das Angebot des Zürcher Professors Walter Rüegg angenommen, ihm nach Frankfurt zu folgen, erzählt Meyer Schweizer lächelnd: «Ich war noch keine Soziologin und erhielt einen unbefristeten Vertrag als Assistentin im Umfeld der führenden Köpfe des Fachs – so etwas ist heute unvorstellbar.» Doch für die Schweizerin noch lange kein Grund, in Ehrfurcht zu erstarren. Adorno und Horkheimer lernt sie als offene Persönlichkeiten kennen, mit denen sie leidenschaftlich diskutieren und streiten kann – «und die mich als junge Assistentin voll respektierten». Einen guten Draht findet sie auch zu den Studenten, die 1968 Adornos Gesellschaftskritik als Aufforderung zur Revolution missverstehen. Als sich die Besetzung des Rektorats abzeichnet, räumt die Universitätsleitung das Feld – dafür geht Assistentin Ruth Meyer hin: «Mir machen die nichts», erklärte sie, begleitet die Studenten die ganzen fünf Tage der Besetzung – und versucht ihnen die Revolution auszureden.

Dann folgt sie Professor Rüegg weiter nach Bern, wo drei unerwartete Dinge geschehen. Als Präsidentin der SVP-Frauen, die niemals Frauenpolitik machen wollte, tritt sie 1985 «aus Emanzipations- und Gerechtigkeitsempfinden» gegen Christoph Blocher an; der Zürcher SVP-Politiker betritt mit seinem Kampf gegen das neue Eherecht gerade die nationale Politbühne. Die SVP-Frauen folgen ihrer Präsidentin, Blocher verliert auch die Volksabstimmung. Doch die SVP dominiert er bald derart, dass Meyer Schweizer 1992 «unter Absingen wütesten Lieder» als eine der ersten austritt. Dass sie mit 51 Jahren noch heiraten und damit – nach neuem Eherecht! – zu Ruth Meyer Schweizer ohne Bindestrich wurde, auch damit hatte sie nie gerechnet. Genauso wenig damit, mit 58 Jahren Professorin zu werden.

Ist sie also doch eine Pionierin? Ruth Meyer Schweizer lehnt sich entspannt in ihrem Sofa zurück und meint: «Nein, ich hatte nie das Gefühl, eine sein zu müssen.»

Kontakt: Prof. em. Dr. Ruth Meyer Schweizer, Präsidentin der Senioren-Universität Bern, (www.seniorenuni.unibe.ch), ruth.meyer-schweizer@soz.unibe.ch

Sibylle Hofer, Prof. Dr., geb. 1960, Studium der Rechtswissenschaft in München, 1992 Promotion, 2000 Habilitation, Professorin für Privatrecht und Rechtsgeschichte an der Universität Regensburg. Seit 2006 ist sie ordentliche Professorin für Rechtsgeschichte und Privatrecht an der Universität Bern. Forschungsschwerpunkte sind das Zivilgesetzbuch sowie die bernische Rechtsgeschichte.



Die hier geäußerte Meinung muss nicht der Auffassung von Redaktion oder Universitätsleitung entsprechen.

Das Zivilgesetzbuch – ein volkstümliches Gesetz?

Von Sibylle Hofer

Am 1. Januar 2012 jährte sich zum hundertsten Mal der Tag, an dem das Schweizer Zivilgesetzbuch (ZGB) in Kraft trat. Das Jubiläum wurde kaum beachtet. Es wäre jedoch nicht zutreffend, dies als Ausdruck einer kritischen Distanzierung zu deuten. Ganz im Gegenteil. Das ZGB genießt einen ausgezeichneten Ruf, der sich keineswegs nur auf Juristenkreise beschränkt. Sucht man nach Gründen für das weit verbreitete Lob, stösst man immer wieder auf den Hinweis, dass das ZGB «volkstümlich» sei. Das ist ein erstaunliches Etikett. Volkstümlich mag ein Prominenter oder ein Musikstück sein, aber ein Gesetz? Und was hat man sich eigentlich unter einem volkstümlichen Gesetz vorzustellen?

Um eine Antwort auf diese Fragen zu finden, ist es aufschlussreich, den Ursprung des Etiketts «volkstümliches Gesetz» zu suchen. Die Spur führt zu keinem Geringeren als zum Juristen, der den Entwurf für das ZGB verfasst hat: Eugen Huber (1849–1923), Rechtsprofessor an der Universität Bern. Huber hob immer wieder die Volksverbundenheit des Gesetzes hervor, wobei er zwei Punkte betonte: Das Gesetz entspreche inhaltlich den Vorstellungen des Volkes und der Text sei so formuliert, dass ihn grundsätzlich jeder – nicht nur Fachleute – verstehen können. Damit präsentierte Huber das ZGB gleichzeitig als Alternativmodell zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch. An dem deutschen Gesetz, das 1900 in Kraft trat, wurde nämlich immer wieder kritisiert, dass es nicht volkstümlich sei, weil sein Inhalt nicht den nationalen Rechtsvorstellungen entspreche und ausserdem die Sprache des Gesetzes für Laien unverständlich sei.

Aber: Ist das ZGB wirklich in diesem Sinn volkstümlich? Es sei gewagt, Zweifel zu äussern. Da das ZGB, wie alle Gesetze, für

viele Fälle anwendbar sein soll, ist es notwendigerweise abstrakt gehalten, was automatisch auch Verständnisschwierigkeiten mit sich bringt. So einfach zu begreifen sind die Artikel daher häufig gar nicht – eine Erfahrung, die Jurastudierende nicht selten schmerzlich machen müssen. Inwieweit der Nichtjurist den Gesetzestext als verständlich empfindet, möge jeder im Selbstversuch prüfen. Ausserdem setzt die Gesetzeslektüre den Leser oft nicht in die Lage, absehen zu können, wie Gerichte einen konkreten Sachverhalt beurteilen werden. Dies ist die Konsequenz von Hubers Entscheidung, die Regelungen auf wenige klare Grundsätze zu beschränken und auf Details zu verzichten. Damit bleibt ein weiter Spielraum für richterliche Interpretationen. Und auch die Behauptung, dass das ZGB inhaltlich den Volksvorstellungen entspreche, erscheint bei näherem Hinsehen fraglich. Zu bedenken ist, dass die Rechtsvorstellungen in der Schweiz zur Entstehungszeit des ZGB alles andere als einheitlich waren. Die Themen des Gesetzes (Familien-, Erb- und Sachenrecht) waren im 19. Jahrhundert durch kantonale Gesetze geregelt. Deren Inhalt wies an vielen Punkten, wie beispielsweise beim ehelichen Güterstand oder bei der Möglichkeit zu Testamentserrichtungen, grosse Unterschiede auf. Huber sichtete gründlich die einzelnen Rechte, und entschied sich bei jeder Frage für die Regelung, die ihm am geeignetsten schien. Das brachte im Ergebnis für alle Kantone zahlreiche Rechtsänderungen mit sich. Da nicht alle Traditionen berücksichtigt werden konnten, war Widerspruch eigentlich vorprogrammiert. Wenn Huber es trotzdem schaffte, ein breit akzeptiertes Werk zu schaffen, spielte sein geschicktes Auftreten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dazu gehörte zum einen,

dass Huber Vernehmlassungen durchführte und damit weiten Kreisen zumindest das Gefühl gab, gehört zu werden. Zum anderen warb Huber intensiv für sein Werk – als Nationalrat im Parlament und durch zahlreiche Vorträge vor verschiedenen Vereinigungen.

Sieht man kritisch auf die Gestaltung der Normen und bedenkt die Situation um 1900, erscheint Hubers Betonung, dass das ZGB ein volkstümliches Gesetz sei, in einem neuen Licht. Es entsteht nämlich der Eindruck, dass es sich dabei um eine Werbestrategie für das Gesetzbuch handelte. Huber hatte während seiner Professorenzeit in Halle (1882–1892) die Diskussion um das deutsche Gesetzbuch hautnah miterlebt. Dabei hatte er gesehen, dass der Vorwurf fehlender Volkstümlichkeit der Akzeptanz eines Gesetzes nachhaltig schadet. Somit liegt die Annahme nah, dass Huber die Verständlichkeit sowie die Übereinstimmung mit den nationalen Rechtsvorstellungen auch gerade deswegen besonders betonte, um dem ZGB bessere Chancen zu eröffnen. Die Tatsache, dass das Gesetz einstimmig angenommen wurde und dass kein Referendum ergriffen wurde, zeigt, dass diese Rechnung aufging. Mit der hier vorgenommenen Einschätzung soll keinesfalls der Wert des Gesetzes geschmälert werden. Das ZGB hat in den letzten hundert Jahren seine Qualitäten vielfach bewiesen. Im historischen Rückblick erscheint jedoch ein Fragezeichen hinter dem Etikett «volkstümlich» als angebracht.

Kontakt: Prof. Dr. Sibylle Hofer, Institut für Rechtsgeschichte, sibylle.hofer@rhist.unibe.ch



Multikulti-Klassen unter der Lupe
Die wachsende Heterogenität von Schulklassen wird oft negativ beurteilt. Die empirische Studie in 42 dritten Primarschulklassen im Kanton Bern zeigt jedoch, dass Kinder selbst in sehr gemischten Klassen gleich gute Leistungen erbringen wie in homogenen Klassen. Die Autorin liefert zudem einen ausführlichen Forschungsüberblick.

Schulleistungen und Heterogenität.
Eine mehrbenenanalytische Untersuchung der Bedingungsfaktoren der Schulleistungen am Ende der dritten Primarschulklasse.
Tamara Carigiet Reinhard – 2012, 423 S., «Prisma – Beiträge zur Erziehungswissenschaft aus historischer, psychologischer und soziologischer Perspektive» Band 17, kartoniert, Haupt Verlag, ISBN 978-3-258-07741-3



Rezepte für die zweite Reihe
Wie lautet das Erfolgsrezept von zweitrangigen Wirtschaftsregionen? Die Wirtschaftsgeographin Heike Mayer untersucht die Entwicklung von sekundären Wirtschaftszonen in den USA. Dabei geht sie den Fragen nach, wie Innovationen und Unternehmertum zum Durchbruch verholfen wird, und wie staatliche Institutionen Wirtschaftswachstum fördern können. Das Buch bietet einen guten Einblick in die Thematik der Regionalentwicklung und wendet sich an Wissenschaftler und Entscheidungsträgerinnen.

Entrepreneurship and Innovation in Second Tier Regions
Heike Mayer – 2011, 272 S., gebunden, Edward Elgar Publishing Ltd, ISBN 978-1-84720-359-5



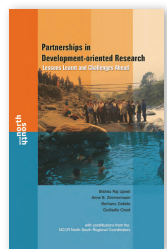
Befreiung oder Besatzung?
Die militärische Besetzung durch fremde Truppen gehört zu den elementaren Grenzerfahrungen der Zivilbevölkerungen in Europa zur Zeit der französischen Revolutionskriege. In der Schweiz war das Bild der französischen Soldaten ambivalent: Während die einen sie als Befreier sahen, galten sie bei anderen als Besatzer. Die sechs Fallstudien erforschen unterschiedliche und überraschende Reaktionsweisen auf geistige und körperliche, ideelle und materielle «Grenzen des Zumutbaren».

Grenzen des Zumutbaren
Erfahrungen mit der französischen Okkupation und der Helvetischen Republik (1798-1803).
Andreas Würgler (Hrsg.) – 2011, 123 S., broschiert, Schwabe Verlag, ISBN 978-3-7965-2729-6



Gegen Mobbing in Kindergärten
Mobbing unter Kindern und Jugendlichen hat viele Gesichter. Es kann grob und offensichtlich sein, aber auch subtil und versteckt. «Mutig gegen Mobbing» legt den heutigen Kenntnisstand umfassend dar und präsentiert ein wissenschaftlich fundiertes sowie in der Praxis erprobtes Programm gegen Gewalt in Kindergärten und Schulen. Es bietet Fachpersonen und Eltern ein umfangreiches Instrumentarium, um einerseits vor Mobbing zu schützen und andererseits erfolgreich zu intervenieren.

Mutig gegen Mobbing in Kindergarten und Schule
Françoise D. Alsaker – 2012, 272 S., Taschenbuch, Verlag Huber & Lang, ISBN 978-3-456-84913-3



Über kulturelle Grenzen hinweg
Der globale Wandel macht eine stärkere Abstimmung zwischen Norden und Süden notwendig. Interdisziplinäre Forschungspartnerschaften können helfen, nachhaltige Entwicklung in verschiedenen Gesellschaften zu verankern. Doch deren Etablierung und Aufrechterhaltung über kulturelle Grenzen hinweg ist eine Herausforderung. Das Buch basiert auf den Erfahrungen aus dem Forschungsprogramm NCCR Nord-Süd und zeigt auf, welche Strategien zum Erfolg führen.

Partnerships in Development-oriented Research
Lessons Learnt and Challenges Ahead
Bishnu Raj Upreti, Anne B. Zimmermann, Berhanu Debele, Guéladio Cissé – 2012, 116 S., NCCR North-South, South Asia Coordination Office, Kathmandu, Nepal, ISBN 978-9937-8174-4-8



Nachhaltige Bildung
Die Idee der Nachhaltigkeit soll weltweit in den nationalen Bildungssystemen verankert werden. Dazu braucht es Indikatoren, mit denen beurteilt werden kann, ob und inwieweit dies gelingt. Das Buch präsentiert Grundlagen, Vorgehen und Ergebnisse eines internationalen Forschungsprojekts und zeigt, inwieweit die erarbeiteten Indikatoren in die Bildungsberichterstattung integrierbar sind.

Bildung auf dem Weg zur Nachhaltigkeit
Vorschlag eines Indikatorensets zur Beurteilung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung.
Antonietta Di Giulio, Corinne Ruesch Schweizer et al. – 2011, 140 S., «Allgemeine Ökologie zur Diskussion gestellt» Nr. 12, broschiert, Verlag: Universität Bern, IKAO, ISBN 978-3-906456-66-9

Impressum

UniPress 152 April 2012
Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern
Herausgeberin: Abteilung Kommunikation
Leitung: Marcus Moser
Redaktion: Marcus Moser (mm) (marcus.moser@kommunikation.unibe.ch); Timm Eugster (te) (timm.eugster@kommunikation.unibe.ch)
Mitarbeit: Julia Gnägi (julia.gnaegi@kommunikation.unibe.ch); Matthias Meier (matthias.meier@kommunikation.unibe.ch)
Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:
Fritz Sager (fritz.sager@kpm.unibe.ch);
Heike Mayer (heike.mayer@giub.unibe.ch);
Aymo Brunetti (aymo.brunetti@cred.unibe.ch);
André Holenstein (andre.holenstein@hist.unibe.ch);
Reto Steiner (reto.steiner@kpm.unibe.ch);
Anna Minta (minta@ikg.unibe.ch);
This Rutishauser (rutishauser@textatelier.ch);
Ruth Jahn (ruth.jahn@gmx.ch); Sibylle Hofer (sibylle.hofer@hist.unibe.ch)
Bildnachweise: Titelbild, Bilder Seiten 4, 8, 13, 14, 18, 21, 24, 29: © Annette Boutellier
Seite 6: © Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Bundesamt für Landestopografie, Bundesamt für Statistik, GEOSTAT
Seite 7: © Hauptstadtregion Schweiz
Seite 10: © Wikimedia Commons
Seite 11: © Wikimedia Commons
Seite 16: © J. Arnaut, Staatsarchiv Bern, Signatur T. GD 81
Seiten 17, 19, 20: © Parlamentsdienste, www.parlament.ch
Seite 22: Bundesamt für Statistik
Seite 23: Gemeindeschreiberbefragung, Reto Steiner/Claire Kaiser
Seiten 26, 27, 28: © Wikimedia Commons
Seiten 30, 31: © Matthias Huss
Seite 30: © David Finger
Seite 31: © Martina Kauzlaric
Seiten 32, 33: © Marcus Moser
Seite 35: © Zentrum für Schlafmedizin, Universitäts-
spital Bern
Seiten 37, 39: © Adrian Moser
Seiten 40, 41: © Manu Friederich
Seite 42: © Unilink, Universität Bern
Gestaltung: 2. stock süd, Biel (ng@secondfloorsouth.com)
Redaktionsadresse:
Abteilung Kommunikation der Universität Bern
Hochschulstrasse 4
CH-3012 Bern
Tel. 031 631 80 44
Fax 031 631 45 62
unipress@unibe.ch
Anzeigenverwaltung:
Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
CH-3001 Bern
Tel. 031 300 63 88
Fax 031 300 63 90
inserate@staempfli.com
Druck: Stämpfli Publikationen AG, Bern
Auflage: 13 500 Exemplare
Erscheint viermal jährlich,
nächste Ausgabe: Juni 2012
Abonnement: «UniPress» kann kostenlos abonniert
werden: Stämpfli Publikationen AG, Abonnements-
Marketing, Postfach 8326, CH-3001 Bern,
Tel. 031 300 63 42, Fax 031 300 63 90,
E-Mail: abonumente@staempfli.com

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck von Artikeln mit
Genehmigung der Redaktion.



Vorschau Heft 153

GELD

.....
Geld regiert die Welt – dieser alte Spruch klingt etwas abgedroschen. Und doch wird uns in den aktuellen Krisen vor Augen geführt, dass Geld mehr ist als der eigene Lohn oder das Vermögen des Nachbarn: Geld ist der Blutkreislauf der globalisierten Welt, an dem wir alle hängen, ohne ihn genügend zu verstehen. Welche Rolle spielt Geld für die Welt, für die Schweiz von gestern und heute – oder in familiären Beziehungen? Unser Schwerpunkt im Juni-Heft.





Eine UniPress-Ausgabe verpasst? Gerne können Sie Einzellexemplare unter folgender Adresse nachbestellen:

Abteilung Kommunikation der Universität Bern
Hochschulstrasse 4
3012 Bern
Tel.: 031 631 80 44
Fax: 031 631 45 62
unipress@unibe.ch
www.unipress.unibe.ch

Wollen Sie UniPress (4 Ausgaben jährlich) kostenlos abonnieren? Abo-Bestellungen unter:

Stämpfli Publikationen AG
Abonnements-Marketing
PF 8326
3001 Bern
Tel.: 031 300 63 42
Fax: 031 300 63 90
abonnemente@staempfli.com

u^b

b
UNIVERSITÄT
BERN

Master PMP

MASTER OF ARTS IN
PUBLIC MANAGEMENT
AND POLICY



Ein spezialblanter Master für den öffentlichen Sektor



Ein spezialblanter Masterstudiengang von 120 ECTS-Kreditpunkten zusammengesetzt aus:

- einem interdisziplinären Grundstudium (2 Semester) in Bern, Lausanne oder Lugano
- einem Vertiefungsstudium (2 Semester) in einer von den einzelnen Partnern angebotenen Fachrichtung einschließlich einer Masterarbeit, mit der Möglichkeit eines Praktikums



Der Master PMP richtet sich vorrangig an Studierende mit einem Bachelorabschluss in Betriebswirtschaft, Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft, Soziologie, Rechtswissenschaft oder Medienwissenschaft und Kommunikation. Studierende mit einem Bachelorabschluss in einer anderen Fachrichtung können mit Auflagen zugelassen werden.

Standorte

Bern
Hörsingstrasse 10
3000 Bern
+41 (0)31 437 11 11

Lausanne
Avenue de la Corniche
1000 Lausanne
+41 (0)21 302 48 27

Lugano
Via dell'Industria
6900 Lugano
+41 (0)91 441 41 74

www.masterpmp.ch